

Stadt Roßlau

Markt 5, 06862 Roßlau
Tel.: 034901/630, Fax: 034901/63400



Niederschrift

über die öffentliche/nicht öffentliche Sitzung des Stadtrates am 16.06.2005

Sitzungsbeginn: 17:00 Uhr
Sitzungsende: 20:34 Uhr
Sitzungsort: Rathaus Roßlau, Ratssaal

Anwesend:

Vorsitzende:

Frau Christa Müller

Bürgermeister:

Herr Klemens Koschig

Ratsmitglieder:

Herr Rainer Augustin
Herr Burkhard Bader
Herr Kurt Brumme
Herr Hans-Peter Dreibrod
Herr Lutz Föse
Herr Rainer Gerdung
Frau Sylvia Gernoth
Herr Klaus-Peter Henkel
Herr Dirk Hofmeister
Herr Axel Kaczmarek
Herr Helmut Kläre
Herr Günter Koroll
Herr Andre Kulas
Frau Dörte-Sabine Liensdorf
Herr Hans-Joachim Mau
Frau Christiane Mitsching
Herr Hubert Pfennigsdorf
Frau Hannelore Sauermilch
Herr Andreas Schwierz
Herr Gerhard Seibt
Frau Siglinde Sumpf

- 7.3. Anfragen der Stadträte an den Bürgermeister
- 7.4. Jahresabschluss Eigenbetrieb "Stadtpflege" 2004
Vorlage: BV/0404/05-I/80
- 7.5. Geschäftsordnung Geschäftsführung IHR
Vorlage: BV/0405/05-I/80
- 7.6. Geschäftsordnung Aufsichtsrat IHR
Vorlage: BV/0406/05-I/80
- 7.7. 4. Änderung der Satzung der Stadt Roßlau zur Unterhaltung der Gewässer und Anlagen
Vorlage: BV/0407/05-III/66
- 7.8. Beschluss über die 1. Änderung der Abgrenzungs- und Abrundungssatzung für den Ortsteil Streetz
Vorlage: BV/0408/05-III/61
- 7.9. 1. Nachtrag zum Haushaltsplan und Haushaltssatzung 2005
Vorlage: BV/0410/05-I/20
- 7.10. Vertrag über den Zusammenschluss der Städte Dessau und Roßlau (Elbe) - Fusionsvertrag
Vorlage: BV/0414/05-BM
- 7.11. Auskreisung der Stadt Roßlau (Elbe) aus dem Landkreis Anhalt-Zerbst
Vorlage: BV/0418/05-BM
- 7.12. Dringlichkeitsbeschluss gemäß § 62 Abs. 4 Gemeindeordnung Land Sachsen-Anhalt

Niederschrift

1. Verleihung des Sachsenberg-Preises

Der Bürgermeister der Stadt Roßlau, Klemens Koschig, hält die Laudatio zur Verleihung des Sachsenberg-Preises 2005 der Stadt Roßlau (Elbe) an Herrn Hans Friedrich.

Die Laudatio wird im Elbe-Fläming-Kurier veröffentlicht.

Anschließend nahm Herr Klaus-Joachim Sachsenberg im Namen der Gotthard Sachsenberg-Stiftung die Würdigung des erstmaligen Preisträgers des Sachsenberg-Preises vor.

Herr Hans Friedrich bedankt sich für diese Ehrung.

2. Eröffnung der Sitzung

Sie 8. Sitzung der 4. Wahlperiode des Stadtrates Roßlau wird durch die Vorsitzende des Stadtrates, Frau Müller, eröffnet.

3. Feststellung der form- und fristgemäßen Ladung

Die Einladung erfolgte form- und fristgerecht.

4. Feststellung der Beschlussfähigkeit

Zu Beginn der Sitzung sind 27 Stadträte plus Bürgermeister anwesend. Somit ist der Stadtrat mit 28 Stimmberechtigten beschlussfähig.

5. Genehmigung der Tagesordnung und der vorliegenden Anträge

Beschluss: Die Tagesordnung wird bestätigt.

Abstimmungsergebnis:

Stimmberechtigte	Enthaltung nach § 31 GO	Zustimmung	Ablehnung	Enthaltung
28	0	28	0	0

6. Genehmigung des öffentlichen Teils der Niederschrift der Sitzung vom

Frau Müller, Vorsitzende des Stadtrates, gibt bekannt, dass Frau Liensdorf in der letzten Stadtratssitzung entschuldigt gefehlt hat. Die Entschuldigung ist nicht rechtzeitig im Büro des Stadtrates angekommen.

Beschluss: Der öffentliche Teil der Niederschrift der Sitzung des Stadtrates vom 04.05.2005 wird bestätigt.

Abstimmungsergebnis:

Stimmberechtigte	Enthaltung	Zustimmung	Ablehnung	Enthaltung
------------------	------------	------------	-----------	------------

	nach § 31 GO			
28	0	24	0	4

7. Behandlung folgender Tagesordnungspunkte:

7.1. Bericht der Stadtverwaltung

Dazu spricht der Bürgermeister der Stadt Roßlau, Klemens Koschig. Der wörtliche Bericht liegt dem Original der Niederschrift im Büro des Stadtrates bei und kann täglich während der Dienstzeit eingesehen werden. Weiterhin wird der Bericht im Elbe-Fläming-Kurier veröffentlicht.

7.2. Einwohnerfragestunde

Herr Flemming, Roßlau, Burgwallstraße

Herr Flemming beobachtet auf dem Gelände von Stuckenberger des öfteren Jugendliche, die dort kokeln. Sie haben angeblich keine andere Freizeitbeschäftigung.

Sie würden gern baden gehen, aber der Eintritt ist zu teuer. Herr Flemming wirft der Stadt vor, dass keiner an die Jugendlichen denkt. Für sie wird nichts getan.

Herr Koschig, Bürgermeister

Herr Koschig kann das nicht bestätigen. Die Resonanz der jugendlichen Besucher im Schwimmbad ist groß. Auch in unserem Kulturamt hat noch kein Jugendlicher vorgeprochen, dass er das Eintrittsgeld nicht bezahlen kann. Voriges Jahr haben an der Elbe die größten Partys stattgefunden. Die Jugendlichen finden schon ihre Möglichkeiten. Es ist doch vielmehr so, dass es den Jugendlichen an eigenen Ideen fehlt, was man selber machen könnte. Die Streetworker und Mitarbeiter, die in der Kinder- und Jugendarbeit tätig sind, berichten immer wieder, dass sie im Grunde genommen gezwungen sind, Jugendliche zu „bespaßen“. Früher wäre das undenkbar gewesen, die Kinder und Jugendlichen wussten selber, was sie zu tun hatten und wären dankbar gewesen, wenn es solche Angebote wie sie es heute zusätzlich gibt, gegeben hätte.

Es liegen keine weitere Anfragen von Bürgern vor. Damit wird dieser Tagesordnungspunkt geschlossen.

7.3. Anfragen der Stadträte an den Bürgermeister

Herr Dreibrodt, Fraktion SPD

In der Stadthalle in Zerbst hat es eine Anhörung gegeben zum Entwurf des Kommunalneugliederungsgesetzes. Seinerzeit war der Bürgermeister nicht anwesend. Er war zur Kur. Die damalige noch hier tätige Frau Nußbeck als sein Vertreter hat den Hauptausschuss geleitet. Diese Stellungnahme der Stadt Roßlau zum Entwurf dieses Gesetzentwurfes hat ja der Bürgermeister erarbeitet. Das heißt in seiner Abwesenheit wurde über die Inhalte gesprochen. Es hat jede Menge Änderungsanträge gegeben, aber durch die mehrheitlichen Verhältnisse, wie sie im Hauptausschuss seit langer Zeit zementiert sind, ist diese Stellungnahme der Stadt Roßlau aus unserer Sicht mit den absonderlichsten Inhalten ohne die Änderung eines Buchstabens,

eines Satzes, eines Absatzes von Frau Nußbeck ad hoc am selben Abend nach Zerbst mitgenommen worden und dort übergeben worden. Heute früh war eine weitere Anhörung vor dem Innenausschuss, das hat der Bürgermeister schon erwähnt. Da war er nicht mehr zur Kur, er war selbst anwesend und hat eine Stellungnahme vorgelegt, eine geänderte Stellungnahme, in Teilen umfänglich geändert, mit Datum 16. Juni, die jeder Stadtrat heute als Tischvorlage auf dem Tisch hat. Wenn man hinten drauf guckt, ist sie letztlich bearbeitet am gestrigen Tage um 15:08 Uhr. Das heißt mit heißer Nadel gestrickt. Es ist nicht erkennbar, was hier im einzelnen noch gemacht wurde. Festzustellen ist, dass auch hier Äußerungen drin sind, die man so nicht akzeptieren könnte. Ich möchte einmal verweisen auf den Punkt 4 zum Beispiel, da wird formuliert: „Unsere Bürger, damit sind die Roßlauer Bürger gemeint, drängen jetzt auf den Vollzug ihres Bürgerwillens, und es gilt, den Schwung und die Dynamik ...

Die Vorsitzende des Stadtrates unterbricht die Ausführungen von Herrn Dreibrodt. Dieser entgegnet, dass diese Ausführungen dazu dienen, die Frage zu formulieren.

Herr von der Heydt, Fraktion CDU, meldet sich zur Geschäftsordnung und bittet ebenfalls um die Formulierung einer Frage.

Herr Dreibrodt, Fraktion SPD

Herr von der Heydt, auch für Sie zum Verständnis muss ich Ausführungen machen, weil Sie dieses Dokument auch noch nicht kennen. Ich bezweifle, dass Sie das jetzt schon wissen, was ich hier vorlesen konnte, weil wir es gerade auf dem Tisch hatten. Und deswegen muss ich es ausführen, wozu ich eine Frage habe.

Meine Frage an den Bürgermeister, wieso hat es hierüber keine detaillierte Abstimmung gegeben und warum, mit welchem Recht, kann er hier etwas verändern und öffentlich auftreten, ohne dass die Stadträte dahinter stehen.

Das war die kurze Frage dazu. Es gibt noch mehr zum Inhalt, aber erst einmal nur das Drängen der Roßlauer Bürger, was hier in Roßlau unwahrscheinlich zu merken ist, das kann ich so nicht bestätigen.

Herr Koschig, Bürgermeister

Erstens ist es eigentlich kein zustimmungspflichtiges Geschäft, dennoch haben wir den Kontakt mit den Abgeordneten gesucht. Zweitens war es in diesem Fall überhaupt nicht möglich. Ich habe keine Veranlassung gesehen, eine Sondersitzung des Hauptausschusses oder des Stadtrates einzuberufen, um mit Ihnen noch mal ins Gespräch zu kommen. Drittens entspricht der Kern dieses Sachvortrages an den Innenausschuss allen Abstimmungen in den Ratsgremien. Er ist nur noch aktualisiert worden, weil sich ja auch die Situation mit dem Entwurf des Kommunalneugliederungs-gesetz geändert hat. Insofern dient es der Aktualisierung. Es spricht dafür, dass ich Ihnen eine Kopie ausgeteilt habe, um Sie in Kenntnis zu setzen, über das, was ich heute morgen vorgetragen habe bzw. das was Sie vor sich finden habe ich schriftlich übergeben. Ich habe mich in meinen Ausführungen nur auf zwei Punkte im wesentlichen bezogen, die ich dann etwas näher ausgeführt habe. Aber das würde hier zu weit führen, darüber noch Ausführungen zu machen. Wenn das gewünscht wird, würde ich das an geeigneter Stelle tun.

Herr Dreibrodt, Fraktion SPD

Ich bedanke mich für die Einlassung des Herrn Bürgermeister, der uns allen gesagt hat, dass er es nicht für nötig gehalten hat, in solcher wichtigen Stellungnahme der Stadt Roßlau die Stadträte zu befragen und wie es immer in letzter Zeit ist, aus Termingründen es nicht möglich war, uns zu konsultieren.

Eine Frage zum Punkt 4.10. dieses Dokumentes von Ihnen, was Sie verändert haben, ist, die Bürgern und Bürgerinnen die gemachten Zusagen für Verbesserungen für Gebühren und Abgaben können nicht eingehalten werden wegen der Termingeschichte. Meine Frage ist konkret, welche Verbesserungen von Gebühren und Abgaben wurden den Bürgern im Zusammenhang mit der Fusion konkret gemacht. Bitte benennen Sie mir konkret diese Zusagen zur Verbesserung für Gebühren und Abgaben. Würde ich gerne hören.

Herr Koschig, Bürgermeister

Ist das jetzt eine aktuelle Fragestunde? Sie waren jedesmal dabei, als wir in den Bürgerversammlungen miteinander gerungen haben, versucht haben die Bürger zu informieren über den Bürgerentscheid. Aber ich kann Ihnen einige Auszüge davon machen. Wir hoffen, dass es wenn es uns gelingt aus der Abfallentsorgungshoheit des Landkreises Anhalt-Zerbst entlassen zu werden und eben über diese Fusion in die Abfallentsorgung der Stadt Dessau zu gelangen, hier zu deutlichen Verbesserungen bei den Abfallpreisen zu kommen. Weiterhin hoffen wir, dass wir bei den Abwasserpreisen gemeinsam mit der Stadt Dessau nicht zu den Erhöhungen kommen müssen, die wir beschließen müssten, wenn wir jetzt selbständig blieben.

Ich kann auch zu den Steuern was sagen, langfristig, wenn wir dann auch 450 haben oder 400 in der Stadt Roßlau lt. Haushaltskonsolidierungskonzept, wo dann die Grundstückseigentümer bei einer Steuermesszahl von 450 in Dessau-Roßlau aber weniger Grundsteuern zahlen. Ich denke, das sollte es erst einmal sein.

Die Vorsitzende des Stadtrates, Frau Müller, bittet Herrn Dreibrodt, kein Zwegespräch zu führen.

Herr Dreibrodt, Fraktion SPD

Ich kann leider niemand anderen fragen, ich muss den Bürgermeister fragen, weil das aus seiner Feder ist. Wenn ich jemand anders frage, kann er mir darauf nicht antworten.

Trotzdem noch einmal die Frage an den Bürgermeister ganz konkret: Herr Koschig, warum formulieren Sie Unwahrheiten in Stellungnahmen, in offiziellen Dokumente der Stadt Roßlau? Sie sprechen hier von einem deutlichen Votum der Städte Dessau und Roßlau zu dieser Fusion. Und an der nächsten Stelle formulieren Sie, das Gesetz stößt in unseren beiden Städten auf breite Zustimmung. Diese Formulierung entspricht überhaupt nicht den Tatsachen. Ich frage jetzt konkret, warum behaupten Sie hier bewusst die Unwahrheit? Das wäre nicht nötig. Es wäre mit einer sachlichen Kommentierung getan, das wäre Ihre Pflicht. Woher nehmen Sie einfach, ja warum machen Sie so etwas, warum behaupten Sie etwas, was nicht der Fall ist?

Herr Koschig, Bürgermeister

Ich kann in den von Ihnen zitierten Passagen keine Unwahrheiten erkennen.

7.4. Jahresabschluss Eigenbetrieb "Stadtpflege" 2004 Vorlage: BV/0404/05-I/80

Beschluss:

1. **Der Stadtrat beschließt die Feststellung des Jahresabschlusses des Eigenbetriebes „Stadtpflege“ für das Geschäftsjahr 2004 mit einer Bilanzsumme in Höhe von 208.036,43 €**

Abstimmungsergebnis:

Stimmberechtigte	Enthaltung nach § 31 GO	Zustimmung	Ablehnung	Enthaltung
28	0	28	0	0

2. **Der Stadtrat beschließt den Jahresfehlbetrag in Höhe von 27.071,35 € auf neue Rechnung vorzutragen.**

Abstimmungsergebnis:

Stimmberechtigte	Enthaltung nach § 31 GO	Zustimmung	Ablehnung	Enthaltung
28	0	28	0	0

3. **Der Stadtrat beschließt die Entlastung des Werkleiters für das Geschäftsjahr 2004.**

Abstimmungsergebnis:

Stimmberechtigte	Enthaltung nach § 31 GO	Zustimmung	Ablehnung	Enthaltung
28	0	28	0	0

4. **Der Stadtrat beschließt die Entlastung des Werksausschusses für das Geschäftsjahr 2004.**

Abstimmungsergebnis:

Stimmberechtigte	Enthaltung nach § 31 GO	Zustimmung	Ablehnung	Enthaltung
28	0	28	0	0

**7.5. Geschäftsordnung Geschäftsführung IHR
Vorlage: BV/0405/05-I/80**

Herr Vester, Fraktion PDS

Die Geschäftsordnung wurde in der Fraktion diskutiert. Sie ist mangelhaft und mit handwerklichen Fehlern ausgearbeitet. Besonders die Summen der Höhe nach, über welche der Geschäftsführer ohne Zustimmung von Aufsichtsrat und Gesellschafter entscheiden kann, sind bei der auch zukünftig zu erwartenden negativen Geschäftslage wesentlich zu hoch.

Die Rolle des Aufsichtsrates ist besonders unterprivilegiert, da er ja von der Fachkompetenz aller hier im Stadtrat vertretenen Parteien, außer der „Wirtschaftspartei CDU“ natürlich bewusst befreit wurde.

Erschwerend kommt hinzu, dass es auch für die Zukunft keinen Geschäftsführer in Person im Unternehmen geben wird.

Auch der Geschäftsführungs-Besorgungsvertrag liegt ebenso wenig vor wie der aktuelle mit Unterschrift vom Notar versehene Gesellschaftervertrag.

Deshalb schlägt die Fraktion vor, die Geschäftsordnung in die Ausschüsse zur nochmaligen Beratung zu verweisen und zur Entscheidung im III. Quartal wieder vorzulegen.

Die Eile, ohne einen sachlich zwingenden Grund, zu welcher hier von der Verwaltung mal wieder getrieben wird, ist sehr bedenklich.

Herr Koschig, Bürgermeister

Eile möchte sich Herr Koschig nicht vorwerfen lassen. Es hat sich einfach angeboten, da im Aufsichtsrat beide Papiere besprochen wurden und einstimmig den Gesellschaftern zur Beschlussfassung empfohlen wurde. Dann wurde die Geschäftsordnung in die Ausschüsse gegeben. Wie man den Abstimmungen entnehmen kann wurde er zur Beschlussfassung durch den Stadtrat empfohlen.

Was den notariell beglaubigten Gesellschaftsvertrag betrifft sollte Papier gespart werden. Der Bürgermeister oder der bevollmächtigte Vertreter ist überhaupt nicht berechtigt einen Gesellschaftsvertrag zu unterzeichnen, der nicht bis zum letzten Komma mit dem übereinstimmt, was vorher gebilligt wurde.

Im übrigen hat Herr Koschig veranlasst, dass für die Aufsichtsräte eine Mappe zusammengestellt wird, in der alle wichtigen Dokumente, über die ein Aufsichtsratsmitglied verfügen sollte.

Im Hauptausschuss und evtl. auch im Wifö-Ausschuss wurde informiert, dass am Geschäftsführungs-Besorgungsvertrag gearbeitet wird.

Dann wurde über den Antrag von Herrn Vester abgestimmt, der da lautet:
Zurückverweisung der Beschlussvorlage in die Ausschüsse.

Abstimmungsergebnis:

Stimmberechtigte	Enthaltung nach § 31 GO	Zustimmung	Ablehnung	Enthaltung
28	0	11	17	0

Beschluss: Damit ist der Antrag abgelehnt.

Dann wurde über die Beschlussvorlage abgestimmt.

Abstimmungsergebnis:

Stimmberechtigte	Enthaltung nach § 31 GO	Zustimmung	Ablehnung	Enthaltung
28	0	18	10	0

Beschluss: Der Stadtrat stimmt der Geschäftsordnung für die Geschäftsführung der Industriehafen Roßlau GmbH zu.

Herr Vester, Fraktion PDS

Die Geschäftsordnung wurde in der Fraktion diskutiert. Sie ist mangelhaft und mit handwerklichen Fehlern ausgearbeitet. Besonders die Summen der Höhe nach, über welche der Geschäftsführer ohne Zustimmung von Aufsichtsrat und Gesellschafter entscheiden kann, sind bei der auch zukünftig zu erwartenden negativen Geschäftslage wesentlich zu hoch.

Die Rolle des Aufsichtsrates ist besonders unterprivilegiert, da er ja von der Fachkompetenz aller hier im Stadtrat vertretenen Parteien, außer der „Wirtschaftspartei CDU“ natürlich bewusst befreit wurde.

Erschwerend kommt hinzu, dass es auch für die Zukunft keinen Geschäftsführer in Person im Unternehmen geben wird.

Auch der Geschäftsführungs-Besorgungsvertrag liegt ebenso wenig vor wie der aktuelle mit Unterschrift vom Notar versehene Gesellschaftervertrag.

Deshalb schlägt die Fraktion vor, die Geschäftsordnung in die Ausschüsse zur nochmaligen Beratung zu verweisen und zur Entscheidung im III. Quartal wieder vorzulegen.

Die Eile, ohne einen sachlich zwingenden Grund, zu welcher hier von der Verwaltung mal wieder getrieben wird, ist sehr bedenklich.

Herr Koschig, Bürgermeister

Eile möchte sich Herr Koschig nicht vorwerfen lassen. Es hat sich einfach angeboten, da im Aufsichtsrat beide Papiere besprochen wurden und einstimmig den Gesellschaftern zur Beschlussfassung empfohlen wurden. Dann wurde die Geschäftsordnung in die Ausschüsse gegeben. Wie man den Abstimmungen entnehmen kann wurde er zur Beschlussfassung durch den Stadtrat empfohlen.

Was den notariell beglaubigten Gesellschaftsvertrag betrifft sollte Papier gespart werden. Der Bürgermeister oder der bevollmächtigte Vertreter ist überhaupt nicht berechtigt einen Gesellschaftsvertrag zu unterzeichnen, der nicht bis zum letzten Komma mit dem übereinstimmt, was vorher gebilligt wurde.

Im übrigen hat Herr Koschig veranlasst, dass für die Aufsichtsräte eine Mappe zusammengestellt wird, in der alle wichtigen Dokumente, über die ein Aufsichtsratsmitglied verfügen sollte.

Im Hauptausschuss und evtl. auch im Wifö-Ausschuss wurde informiert, dass am Geschäftsführungs-Besorgungsvertrag gearbeitet wird.

Dann wurde über den Antrag von Herrn Vester abgestimmt, der da lautet:

Zurückverweisung der Beschlussvorlage in die Ausschüsse.

Abstimmungsergebnis:

Stimmberechtigte	Enthaltung nach § 31 GO	Zustimmung	Ablehnung	Enthaltung
28	0	11	17	0

Beschluss: Damit ist der Antrag abgelehnt.

Dann wurde über die Beschlussvorlage abgestimmt.

Abstimmungsergebnis:

Stimmberechtigte	Enthaltung nach § 31 GO	Zustimmung	Ablehnung	Enthaltung
28	0	18	10	0

Beschluss: Der Stadtrat stimmt der Geschäftsordnung für die Geschäftsführung der Industriehafen Roßlau GmbH zu.

7.6. Geschäftsordnung Aufsichtsrat IHR Vorlage: BV/0406/05-I/80

Herr Vester, Fraktion PDS

Auch über diese Beschlussvorlage wurde intensiv in der Fraktion diskutiert. Und ebenso sind einige kritische Anmerkungen zu machen.

Im § 1 kann man ohne persönliche Teilnahme mit schriftlicher Stimmabgabe gegenüber dem Vorsitzenden an der Stimmabgabe teilnehmen. An einer kollektiven Meinungsbildung mit neuen Erkenntnissen kann diese Stimme nicht teilhaben und somit kann es zu einem vorher manipulierten oder verzerrten Meinungsbild und damit Aufsichtsratsentscheidung kommen.

Es ist besonders kritikwürdig, dass eine kollektive Meinungsbildung durch Fachleute/Aufsichtsratsmitglieder nur durch eine Entscheidung des Aufsichtsratsvorsitzenden und seines Stellvertreters getroffen werden kann. Ein Umlaufbeschlussverfahren sehen sie einfach nicht vor. Das muss dem Bürger erklärt werden, hier geht es um kommunales Eigentum, das im Umgang und Mehrung nur mit besonderer Verantwortung zu realisieren ist.

Auch die Fristenregelung im § 4 ist unrealistisch.

Auch in diesem Dokument ist die Rolle des Aufsichtsrates unterprivilegiert.

Deshalb schlägt die Fraktion der PDS vor, diese Beschlussvorlage in die Ausschüsse zu verweisen und im III. Quartal dem Stadtrat erneut vorzulegen.

Dann wurde über den Antrag abgestimmt.

Abstimmungsergebnis:

Stimmberechtigte	Enthaltung nach § 31 GO	Zustimmung	Ablehnung	Enthaltung
28	0	9	17	2

Damit ist der Antrag abgelehnt.

Dann wurde über die Beschlussvorlage abgestimmt.

Abstimmungsergebnis:

Stimmberechtigte	Enthaltung nach § 31 GO	Zustimmung	Ablehnung	Enthaltung
28	0	17	8	3

Beschluss: Der Stadtrat stimmt der Geschäftsordnung für den Aufsichtsrat der Industriehafen Roßlau GmbH zu.

7.7. 4. Änderung der Satzung der Stadt Roßlau zur Unterhaltung der Gewässer und Anlagen

Vorlage: BV/0407/05-III/66

Beschluss: Der Stadtrat stimmt der 4. Änderung der Satzung der Stadt Roßlau zur Unterhaltung der Gewässer und Anlagen in und an Gewässern zweiter Ordnung innerhalb des Unterhaltungsverbandes Nuthe/Rossel zu.

Abstimmungsergebnis:

Stimmberechtigte	Enthaltung nach § 31 GO	Zustimmung	Ablehnung	Enthaltung
28	0	28	0	0

7.8. Beschluss über die 1. Änderung der Abgrenzungs- und Abrundungssatzung für den Ortsteil Streetz

Vorlage: BV/0408/05-III/61

Beschluss: Der Stadtrat beschließt die 1. Änderung der Abgrenzungs- und Abrundungssatzung für den Ortsteil Streetz in der vorliegenden Fassung (siehe Anlage 2).
Die Begründung zur 1. Änderung (siehe Anlage 3) wird gebilligt.
Die Verwaltung wird beauftragt, die 1. Änderung bekannt zu machen und damit in Kraft zu setzen.

Abstimmungsergebnis:

Stimmberechtigte	Enthaltung nach § 31 GO	Zustimmung	Ablehnung	Enthaltung
28	0	26	0	2

7.9. 1. Nachtrag zum Haushaltsplan und Haushaltssatzung 2005

Vorlage: BV/0410/05-I/20

Beschluss: Der Stadtrat beschließt den 1. Nachtrag zum Haushaltsplan und zur Haushaltssatzung 2005

Abstimmungsergebnis:

Stimmberechtigte	Enthaltung	Zustimmung	Ablehnung	Enthaltung
------------------	------------	------------	-----------	------------

	nach § 31 GO			
28	0	28	0	0

**7.10 Vertrag über den Zusammenschluss der Städte Dessau und Roßlau (Elbe)
- Fusionsvertrag
Vorlage: BV/0414/05-BM**

Die Vorsitzende des Stadtrates, Frau Müller, begrüßt hierzu den Vorsitzenden der CDU-Fraktion im Stadtrat Dessau und gleichzeitig Ortsbürgermeister von Waldersee, Herrn Lothar Ehm sowie die Beigeordnete für Finanzen der Stadt Dessau, Frau Sabina Nußbeck.

Frau Müller bittet nun um Diskussion zur Beschlussvorlage.

Herr Föse, Fraktion CDU

Am 20.03.2005 hat die Roßlauer Bevölkerung ein mehrheitliches Votum für die Fusion mit der Stadt Dessau abgegeben. Mit diesem historischen Datum war der Weg frei für die Erarbeitung des Fusionsvertrages einschließlich den Anlagen. Die Verwaltung beider Städte, und dafür unser Respekt und Dank haben in einer denkbar kurzen Zeitschiene das uns heute vorliegende Vertragswerk erarbeitet. In den vielen Hauptausschuss-sitzungen, vielfach gemeinsam Dessau und Roßlau haben die Stadträte beider Städte das Vertragswerk so modifiziert, oftmals mit sehr kontroversen und teilweise nicht nachvollziehbaren Diskussionen, wie es heute zur Abstimmung vorliegt. Es waren Stunden harter Arbeit für alle Mitwirkenden. Bei der nachfolgenden Prüfung des Fusionsvertrages sollte davon ausgegangen werden, dass hier der übereinstimmende Wille beider Partner zum Ausdruck gebracht wird, und das nicht durch verwaltungsrechtliche und juristische Prämissen, der Vertrag auf den Kopf gestellt wird.

Ein wesentlicher Punkt aus unserer Sicht sind möglichst schnelle Aussagen zur Zusammensetzung des künftigen Stadtrates der Stadt Dessau-Roßlau. Nach dem Willen beider Städte soll er aus den bisherigen 50 Dessauer und 28 Roßlauer Stadträten bestehen. Erst bei der nächsten Kommunalwahlen 2009 werden dann wieder 50 Stadträte die Stadt Dessau-Roßlau vertreten. Auch wenn diese Regelung vielleicht im Widerspruch zu gesetzlichen Regelungen steht, sollte man in diesem Fall nicht unbegründet den Willen beider Stadträte widersprechen. Wir hier vor Ort an der Basis haben gemeinsam mit allen politischen Kräften im Bündnis „Sag ja zur Elbestadt Dessau-Roßlau“ uns mit Herzblut dafür eingesetzt, dass die Fusion der Städte Dessau und Roßlau keinesfalls in den zeitlichen Fahrplan der Gebietsreform eingearbeitet werden darf, sondern muss zum 01.01.2006 vollzogen werden.

Herr Gerdung, Fraktion FDP/Offensive D/BL

Die Roßlauer Bürgerschaft hat sich mit knapper Mehrheit per Bürgerentscheid, und mancher glaubt heute noch per Volksentscheid, für eine Fusion mit unserer Nachbarstadt Dessau ausgesprochen. Diese Entscheidung ist für den Stadtrat und die Verwaltung ein Auftrag zum Handeln. Alle Gremien haben sich mit dem Thema befasst und auseinandergesetzt. Dieser Prozess ist aber zum jetzigen Zeitpunkt noch nicht abgeschlossen. Trotzdem soll schon heute dem Vertragsentwurf die volle Legitimation erteilt werden. Dem kann ich nicht zustimmen. Dass ein so wichtiges Ver-

tragswerk erst nach In-Kraft-Setzen fertig ausgestaltet werden soll, kann weder Auftrag noch im Interesse der Roßlauer Bürgerschaft sein.

Was sind nun die gravierenden Mängel?

Der § 1 formuliert den Willen beider Städte zu einer gemeinsamen aber kreisfreien Stadt per 01.01.2006. Dieser Termin verstößt wissentlich gegen die Rahmenvorgaben des Kommunalneugliederungsgesetzes. Mir ist auch kein Auftrag der Bürgerschaft bekannt, unbedingt auf diesen Termin hinzuarbeiten. Der Rat hat zwar einen Auftrag zur Fusion erhalten, aber nicht als Eilauftrag. Sollte dieser Wunsch glücklicherweise bestehen, so besteht er höchstens bei 51 % unserer Mitbürger und den Verwaltungsspitzen, bei letzteren aus verständlichem Grunde.

Zur Begründung werden Synergieeffekte angeführt, die nur bei einer schnellen Fusion wirken können. Eines steht aber fest, die bloße Zusammenlegung von zwei Verwaltungen ist noch kein Synergieeffekt. Der entsteht erst dann, wenn mit weniger Verwaltungspersonal gearbeitet wird als bisher und das ist bisher nicht erkennbar. Eine enge Zusammenarbeit der Verwaltungen ist aber auch ohne Fusion schon jetzt möglich. Doch zurück zum Termin. Wenn wir uns an die gesetzliche Vorgabe 01.07.2007 halten und daran orientieren, so haben wir noch alle Zeit der Welt offene Fragen in aller Gründlichkeit zu klären.

Anders verhält es sich mit der Kreisfreiheit. Hier haben die Beteiligten keinen Einfluss.

Und die Beteiligten sind hier auf Sein oder Nichtsein des gewünschten Zustandes. Denn die Entscheidung obliegt einzig und allein dem Gesetzgeber in Magdeburg. Und in diesem Zusammenhang muss auch einmal etwas abschweifend auf etwas eigenes hingewiesen werden. Mehrheitsbeschlüsse haben in einer Demokratie immer nur solange Bestand, wie sich Mehrheiten finden, die sie aufrecht erhalten und tragen. Sind diese Mehrheiten aber nicht mehr vorhanden, gibt es Veränderungen. Das ist auch gut so, denn sonst wäre schon alles im politischen und gesellschaftlichen Leben in Erstarrung verhaftet und eine Weiterentwicklung, in welche Richtung auch immer völlig ausgeschlossen.

Auf uns bezogen heißt das, wir können uns zwar die Kreisfreiheit wünschen, aber ob wir sie bekommen und wenn ja, für wie lange, das liegt nicht in unserer Hand. Da der Erhalt der Kreisfreiheit aber ein wesentliches Motiv für die Entscheidung vieler Bürger war, hätte zumindest ein anfängliches, zeitlich begrenztes Rücktrittsrecht im Vertrag in den § 26 gehört, was aber nicht geschehen ist.

Ein weiterer Kritikpunkt ist der im § 9 definierte Übergangstadtrat mit 78 Mandatsträgern, der ebenfalls keine gesetzliche Grundlage hat, sondern reines Wunschdenken ist und zudem ein Verstoß gegen § 36 Absatz 3 GO LSA darstellt. Hiermit soll einmal getestet werden, wie weit man den Bogen spannen kann. Das wird offen zugegeben und es wird auch schon mit einer Reklamation durch die Aufsichtsbehörde gerechnet. Auch deshalb möchte ich in diesem Zusammenhang noch auf den § 62 Absatz 3 verweisen, in dem steht: „Der Bürgermeister muss Beschlüssen des Gemeinderates widersprechen, wenn er der Auffassung ist, dass diese gesetzeswidrig sind.“

Da kann ich nur sagen, jeder blamiert sich so gut er kann, aber ich muss mich nicht daran beteiligen.

Was nun aber in dem vorgelegten Entwurf völlig fehlt ist ein Kindertagesstättenkonzept, das von ähnlicher Qualität wie der Schulentwicklungsplan sein muss. Hier hat man in der Kürze der Zeit nichts zu Wege gebracht und so steht im § 16: „Die Stadt Dessau-Roßlau wird für die Jahre 2007 bis 2012 ein gemeinsames Kindertagesstättenkonzept aufstellen, das Grundlage künftiger Entscheidungen ist.“

Meine Damen und Herren, so geht das nicht. Erst einem Vertrag zustimmen und dann über den Inhalt verhandeln kann unmöglich der richtige Weg sein, den wir in Interesse unserer Bürger zu gehen haben. Zu reklamieren bleibt auch, dass der hier vorliegende und zu beschließende Fusionsvertrag so in dieser Form der Bürgerschaft noch nicht bekannt gemacht wurde und dem zufolge eine entscheidungsführende Diskussion oder Anhörung auch noch nicht stattgefunden hat.

Ich fordere Sie, meine lieben Kollegen Stadträte auf, sich bei Ihrer Entscheidung nicht unter Druck setzen zu lassen und zu bedenken, dass Qualität allemal besser ist als Flickschusterei. Sie alle kennen doch auch die alte Volksweisheit: Wer eilt, der stolpert.

Frau Sauermilch, Roßlauer Frauenliste

Wir, die Roßlauer Frauenliste, stimmen dem Fusionsvertrag in der jetzigen Form zu und sehen ihn auch als Grundlage für die weitere Arbeit. Ich habe persönlich und auch im Namen der Fraktion oft genug die Gründe angeführt, die eine solche Fusion notwendig machen und daran hat sich bis heute nichts geändert. Wir müssen aber feststellen, dass von einigen Seiten ständig gegen die Fusion und das Ergebnis des Bürgerentscheides vorgegangen wird. Man will das Ergebnis rückgängig machen und deshalb ist es um so wichtiger, dass wir mit unserer heutigen Abstimmung zeigen, dass wir zu diesem Ergebnis stehen und keine Zeit verlieren dürfen, um die Fusion umzusetzen und ihre Vorteile zu entwickeln. Die Roßlauer Frauenliste stimmt diesem Vertragswerk zu.

Herr Tonndorf, Fraktion Neues Forum

Die Fraktion des Neuen Forum stimmt dem Vertrag über die Fusion der beiden Städte Dessau und Roßlau in der jetzig vorgelegten Form vorbehaltlos zu. Wir danken insbesondere in dieser Phase der fleißigen Arbeit, die die Hauptausschüsse beider Städte hier geleistet haben. Es war eine konstruktive Arbeit geprägt vom Willen der Zusammenarbeit. Und ich möchte auch an dieser Stelle noch einmal dem Bündnis „Sag Ja zur Elbestadt Dessau-Roßlau“ meinen herzlichsten Dank aussprechen. Was hier in diesem Bündnis geleistet wurde, oft auch in Auseinandersetzungen mit teilweise nur schwer nachvollziehbarer Argumentation der Fusionsgegner. Das ist aller Ehren wert. Ein Vertrag wird nur dann lebendig sein, wenn auch weiter mit ihm gearbeitet wird. Der Vertrag, den wir jetzt beschließen wollen und der in Dessau beschlossen wurde, stellt die Grundlage unserer Arbeit dar. Und wir werden in dieser Arbeit noch viele Dinge zu erledigen haben, wie beispielsweise auch, dass aus dem Kindertagesstättenkonzept wirklich ein Konzept wird und deshalb ist auch der Titel nicht Kindertagesstättenkonzept sondern das ist eine reine Aufzählung der vorhandenen Kindertagesstätten. Es wird also Arbeit sein, die wir mit dem Vertrag zu leisten haben.

Ich erinnere mich, dass vor diesem Haus gerade die eindeutigen Gegner der Fusion gefordert haben, das Votum der Roßlauer Bevölkerung für sich als bindend zu betrachten. Das fordere ich jetzt ein, auch von diesen Herren und Damen.

Ein Wort noch zur Kreisfreiheit. Wir sollten Entscheidungen treffen, die die politische Aktualität berücksichtigen und nicht auf später eventuell mögliche Veränderungen hinauszielen. Der Entwurf des Kommunalneugliederungsgesetzes sieht 3 kreisfreie Städte im Land Sachsen-Anhalt vor: Magdeburg, Halle und die fusionierte Stadt Dessau-Roßlau. Dem ist nichts hinzuzufügen.

Herr Vester, Fraktion PDS

Wir sollen heute bekanntermaßen über einen für alle Bürgerinnen und Bürger unserer Heimatstadt Roßlau zukunftsentscheidenden Beschluss zum Fusionsvertrag zur Doppelstadt Dessau-Roßlau abstimmen. Deshalb kurz ein PDS-Fraktionsblick in die jüngere Vergangenheit. Die CDU-geführte Landesregierung in Sachsen-Anhalt hat bei ihrem Amtsantritt wie immer alles versprochen und bis heute wenig realisiert, weil das „C“ im Parteinamen die kohlschen blühenden Landschaften ja der „Liebe Herrgott“ realisiert“ (bei schönem Wetter). Solche Eingebungen sollen ja auch in ähnlicher Art schon in diesem Hohen Hause vorgekommen sein. Aber etwas ganz wichtiges hat diese Regierung sofort getan, die schon vorbereitete durch die SPD geführte vorherige Regierung mit sehr viel Zustimmung aus den Kommunalparlamenten erarbeitete Gebiets- und Funktionalreform auf den Müll der Geschichte geworfen. Während dessen drängelten sich die Arbeitslosen und Arbeitssuchenden an der Bundesstraße 187 am Arbeitsamt und warteten auf die Arbeitsplätze, die da ja als erstes vorbei kommen sollten. Arbeit kam keine vorbei. Die einen in der Landesregierung in Sachsen-Anhalt sind gegangen, die Anderen sind gekommen. Die Arbeitsagentur ist jetzt sicherheitshalber in die große Kreisstadt Zerbst gefahren und aus Berlin kam als Ersatz „Harz 4“. Natürlich zum Vorteil der Bürgerinnen und Bürger von Roßlau und Umgebung und ganz wichtig die sozial im Abseits stehenden Menschen sind jetzt Kunden. Es wurde also alles besser.

Nach knapp 3 Jahren intensiver Arbeit der Regierung und seiner Abgeordneten, besonders der CDU und FDP brachte man nun ein Reförmchen in die Kommunen und Kreise. Die Funktionalreform hat man dabei vorsichtshalber vollkommen außen vor gelassen und mit voller Konzeptlosigkeit mit dem Kommando „AK voraus“ geht es in die Gebietsreform. Der Landkreis Anhalt-Zerbst wurde filetiert (vielleicht ist der Kreisfürst ja nicht in der CDU) und als man nicht mehr weiter wusste hatten die Bürgerinnen und Bürger von Dessau und Roßlau ganz plötzlich das Sagen. Sie durften entscheiden, sie haben entschieden und wir entscheiden heute über einen Fusionsvertrag, der, wie wir alle wissen, leider Formalien enthält, welche erst durch Gesetz realisiert werden müssen.

Aber ich denke auch in Landesparlamenten ist es wie bei Gericht und auf hoher See, auch da ist man erst einmal mit Sicherheit mal wieder in Gottes Hand, sprichwörtlich gesehen.

Das Umland für unsere Doppelstadt Dessau-Roßlau mit Leuchtturmfunktion verabschiedet sich, die Fahrwassertonnen und Funkellichter wie Regionaler Entwicklungsraum und Planungsraum verschwindet im Europa der Regionen im dichten Nebel und der wird sich dann wie die berühmten kohlschen blühenden Landschaften einmal mehr auflösen. Mit der zur Zeit aktuellen Version oder Eingebung des Innenministers könnte die wirtschaftliche Entwicklung in voller Fahrt an Dessau über Wittenberg/Wolfen/Bitterfeld in Richtung Leipzig noch schneller vorantreiben. Aber auch falsche Taten müssen getan werden und danach für richtig erklärt werden. Danach weiß dann keiner mehr was, es hat auch keiner etwas getan, es gibt die Erinnerungslücken, das große Vergessen beginnt und die Bürgerinnen und Bürger dürfen mal wieder neu wählen. Nicht entscheiden, nicht bestimmen, aber wählen. Und danach tun die Gewählten wieder das, was sie den Bürgerinnen und Bürgern versprochen haben und regieren.

Nur uns holt die Realität ganz schnell wieder auf den sachlichen Boden der Kommunalpolitik zurück. Der Fusionsvertrag ist nach Auffassung der PDS-Fraktion das Beste, was bei den real existierenden Mehrheitsverhältnissen im Hauptausschuss und im Stadtrat auszuhandeln war.

Die Fraktion stimmt mit einer Enthaltung für diesen Fusionsvertrag, aber nur als Ganzes. Sollte dieser Vertrag von seinen neuen positiven plebiszitären, bürgernahen und mitbestimmenden demokratischen Elementen vom Gesetzgeber befreit werden, muss neu verhandelt werden. (Siehe Fusionsvertrag § 26)

Herr Pfennigsdorf, Fraktion SPD

Der vorliegende Fusionsvertrag wurde auf Basis einer völlig unzulänglichen und undemokratischen Anhörungs- und Wertungsphase im Eiltempo der Bürgerschaft als Grundlage eines Bürgerentscheides vorgestellt. Ohne jegliche Zustimmung durch den Stadtrat wurde dieser Vertrag, der einen wesentlichen rechtswidrigen Bestandteil hat durch unseren Bürgermeister, Herrn Koschig, im Internet eingestellt sowie im Amtsblatt veröffentlicht. Eine Zustimmung wurde lediglich im Nachgang durch den Stadtrat jeweils eingeholt. Eine für mich und sicherlich für andere hier sitzenden Mitglieder des Stadtrates undemokratische und bürgerfeindliche Handlungsweise. Am 16.12.2004 erklärte Herr Koschig noch im Stadtrat, aus Sicht des Verhandlungsfortschrittes gab es bisher keine Veranlassung, das Thema auf die Tagesordnung des Stadtrates zu setzen. Am 21.12.2004 wurde der Fusionsvertrag erstmals an alle Stadträte ausgereicht. Ich betone, am 21.12.2004. Es wurde zwar immer wieder von verschiedenen Mitgliedern des Hauptausschusses darauf hingewiesen, dass alle Stadträte an den Sitzungen des Hauptausschusses, der ja überwiegend mit diesen Verhandlungen beschäftigt war, teilnehmen konnten, aber ich möchte darauf hinweisen, das Hauptorgan der Gemeinde bei allen wichtigen Dingen für unsere Stadt Roßlau ist nach wie vor und wird auch bleiben, das ist der Stadtrat. Und deshalb möchte ich auch noch darauf hinweisen, dass ohnehin aus Platzgründen nicht alle Stadträte an den Hauptausschusssitzungen teilnehmen konnten, bloß einmal nebenbei bemerkt.

Am 20.01.2005 erfolgte schon die Beschlussfassung des erstmals, und ich lege die Bewertung auf erstmals, als Entwurf deklarierten Vertrages als Grundlage der weiteren Bürgerinformation.

Durch eine Mehrheit des Stadtrates, es gab keine einzige umfassende und geordnete Anhörung und punktuelle Wertung dieses wohl wichtigsten Themas, das jemals im Stadtrat zu beraten bzw. zu beschließen war. Das Ergebnis des Bürgerentscheides zeigt wohl eindeutig auf, dass auf Grund der Missachtung des Stadtrates als Hauptorgan der Stadt Roßlau sowie des völlig überzogenen Eiltempo keine sachlich und korrekte Entscheidungsbasis für die Bürgerschaft bei dem Bürgerentscheid gegeben war. Eine Hauptverantwortung für diese Spaltung der Roßlauer Bürgerschaft und der noch bestehenden Rechtswidrigkeit dieses Fusionsvertrages trägt unser Bürgermeister, Herr Koschig. Wenn Herr Koschig in der Presse und zwar aktuell in der Super Sonntag vom 12. Juni 2005 erklärt: „Unsere Bürgerschaft drängt auf Vollzug der Fusion. Wir, und ich lege den Wert auf das Wort „wir“ haben sie auf Wunsch der Landesregierung zu einer schnellen Entscheidung gedrängt“. Dann erhebt sich doch die Frage, wer ist „wir“ und wie kann man eine Bürgerschaft zu einer schnellen Entscheidung drängen. Man erwartet von uns, dass jetzt auch umgesetzt wird. Ist Herr Koschig ein Bürgermeister von 51,7 % der Bürgerschaft? Wer gehört zu dem Personenkreis mit dem Sammelbegriff „wir“ umfasst? Diese vorgenannten Fakten sollten von jedem Stadtrat, der sein Ehrenamt nach dem Gesetz und nach freier, dem Gemeinwohl verpflichteten Überzeugung ausübt, vor einer Zustimmung des Fusionsvertrages kritisch hinterfragt werden.

Ich möchte nur noch bemerken, dass diese inhaltlichen Aussagen in der Fraktion der SPD abgestimmt worden sind.

Herr Seibt, Fraktion FDP/Offensive D/BL

Die Bürgerliste ist 2004 angetreten, um Ansprechpartner der Roßlauer Bürger zu sein und sie zu berücksichtigen. Mit dem Bürgerentscheid hat der Bürger sich für die Fusion zwischen Dessau und Roßlau entschieden. Dem trägt die Bürgerliste Rechnung. Was wir aber nicht mittragen ist, mit welchem Tempo dies sich vollzieht. Gerade diese Hektik führt zu Fehlern. Es kommt einem vor, dass mit diesem schnellen Fusionsvertrag die Landesregierung unter Druck gesetzt werden soll, um so zum 01.01.2006 zusammengehen zu können. Es gibt 3 Punkte, warum wir diesem Fusionsvertrag nicht zustimmen.

1. Es liegt noch kein Konzept für Kindertagesstätten vor
2. Die Bürgerliste würde gern in den Fusionsvertrag mit einbringen, dass die Dessauer und Roßlauer Stadtwerke in den nächsten 12 Jahren oder Teile nicht veräußert werden können.
3. Bis jetzt ist mir nicht bekannt, wie lange wir Roßlauer und Dessauer Stadträte bleiben. Uns wurde ja immer gesagt, dass dies schon geregelt wird. Da die Landesregierung die Frage bis jetzt noch nicht geklärt und eine Antwort ausblieb, zumal der vorliegende Fusionsvertrag nicht gesetzeskonform ist. Kann man dies auch als eine Nichtzustimmung der Landesregierung bewerten? Darum die Frage, und Herr Otto ist nicht da, wieso er dies als eine Zustimmung sieht und das ist ja so gewesen, dass er gesagt hat, er sieht dies als Zustimmung.

Sie sehen also, dass hier noch Klärungsbedarf besteht. Es kann ja auch nicht sein, dass man nicht bis 2007 abwarten kann und mit den Landtagswahlen am 26. März 2006 die Neuwahlen für den Stadtrat, dann nur in Dessau-Roßlau stattfinden lässt.

Herr Mau, Fraktion CDU

Ich möchte nur mal ein paar kurze Ausführungen, kurze Zitate zu meinen drei Vordnern machen. Wir haben hier eine dicke Akte, da sind die ganzen Protokolle der Hauptausschusssitzungen zwischen Dessau und Roßlau. Da möchte ich einfach einmal ein paar Widersprüche klären.

Einmal die Sache von Herrn Gerdung. Herr Gerdung sagt ganz eindeutig, hier sind Fehler im Fusionsvertrag, die müssten abgearbeitet werden.

Sine Aussage vom 07.04.05 ist protokolliert im gemeinsamen Hauptausschuss, lehnt Fusion ab. Hat nichts mit dem Vertrag zutun, der ordentlich ist und in Ratsgremien behandelt werden kann. Einfach ma, Herr Gerdung, lesen Sie Ihre Protokolle und dann können Sie richtig reden.

Das andere ist Herr Seibt, Herr Pfennigsdorf, am 24.11.2004 wurde der Fusionsvertragsentwurf den Hauptausschüssen zugeleitet und am 10.12.2004 saßen die Hauptausschüsse in Dessau-Roßlau wieder zusammen.

Aussage von Herrn Dreibrodt vom 02.12.2004 – Vertrag ist nur Gerippe, muss noch bearbeitet werden. Der Beschluss „Der Entwurf des Fusionsvertrages wird in der heute vorhandenen Form als verbindliche Arbeitsgrundlage für die weiteren Verhandlungen beschlossen und für die Öffentlichkeit zur Diskussion freigegeben“. Einstimmig beschlossen. 8:0:0 – da war Herr Dreibrodt im Hauptausschuss dabei. Also kann hier nicht davon die Rede sein, dass die Vertragsentwürfe nicht bearbeitet worden sind. Dann liegt das an der Fraktionsarbeit.

Herr Pfennigsdorf, Fraktion SPD

Herr Mau, ich nehme doch an, wenn es um so ein wichtiges Dokument geht, wie diesen Fusionsvertrag und ich glaube, das ist das wichtigste Dokument, was jemals in

diesem Stadtrat angehört werden musste und beraten werden sollte, dann ist es doch wohl das mindeste, dass jeder Stadtrat in Besitz dieses umfangreichen Vertrages ist, um sich mit diesem Vertrag intensiv auseinander zu setzen. Es kann doch wohl nicht sein, oder will man hier Papier sparen, dass man dem Fraktionsvorsitzenden bzw. den Mitgliedern des Hauptausschusses dieses wichtige Dokument übergibt und dann sagt, die sollen es sich untereinander austauschen. Das kann so nicht sein. Wir bekommen jede Belanglosigkeit in kompakter Form überreicht und bei diesem Fusionsvertrag will man sagen, es reicht, wenn er am 21.12. verteilt wird, Ihr hättet Euch aber vorher schon informieren können. Da bin ich ein bisschen anderer Meinung.

Herr Bader, Fraktion FDP/Offensive D/BL

Es hat ja niemand die Absicht, eine Mauer zu errichten, aber mir scheint jetzt wirklich, als würde der Oberbürgermeister von Dessau mit Herrn Koschig im Schleppe, dem Stadtrat von Dessau und der CDU und Neues Forum-Fraktion jetzt eine neue Mauer bauen, nämlich die Mauer der Kreisfreiheit. Sie isolieren damit Dessau samt Roßlau, zerstören die Basis, ihre Region Anhalt und Roßlau ist dabei das erste Opfer. Ich war letzten Sonntag in Wittenberg zum Stadtfest. Ganz Wittenberg lebt aus der Aktivität seiner Bürger und vor allen Dingen auch des Umlandes. Wir wollen eine Grenze ziehen, eine neue Mauer bauen und das halte ich natürlich für vollkommen verkehrt. Die meisten hier haben selbst einmal in Mauern gelebt und wissen, wie es einem da ergeht. Damals war noch der Unterschied, das Umland war reich, diesmal ist es so, das Umland wird verarmen und Dessau darin eingeschlossen. Stellen Sie sich vor, wir haben hier vorne gleich die Grenze zum Jerichoer Land, im Süden fusionieren Wolfen und Bitterfeld, die mit einer ganz anderen Wirtschaftskraft dastehen. Wo soll Dessau seine Kraft herholen? Zumal die Schaffung von Arbeitsplätzen ist ja vielleicht als sozialer Fortschritt gemeint, wie es in der Präambel steht, für Herrn Brumme ja nur eine Phrase ist. Ich sehe also nicht, wie wir einen positiven Aspekt aus der Fusion sehen können und vermisse ihn vor allem im Fusionsvertrag. Wir akzeptieren ja das Ergebnis des Bürgerentscheids aber wir hätten erwartet, dass der Fusionsvertrag einmal ein paar Kennwerte liefert, inwieweit sich die Lebensbedingungen der Bürger durch die Fusion verbessern sollen. Wir haben am 20. März den Bürgerentscheid gehabt. Das sind keine 3 Monate um sich ernsthaft mit dem Vertrag auseinander zu setzen. Man muss verstehen, es sind nicht alle hauptberuflich mit dem Vertrag befasst. Sie leben von den Werten, die die meisten von uns in der Arbeitszeit schaffen. Deswegen sind 3 Monate für die Stadträte, die im Berufsleben stehen zu kurz. Zumal wenn man auch noch vergleicht, wenn man in der Präambel liest, dass hier auf Jahrhunderte oder gar Jahrtausende Entwicklung der Stadtrechte Bezug genommen wird. Erst dann fällt einem das besonders kurios auf, dass in solch einem Galopp der Vertrag durchgepeitscht wird. Eines ist aber auch schon klar, der Vertrag ist in Teilen ungesetzlich. Wir hatten im letzten Stadtrat an dieser Stelle die Bemerkung, wer Müll am Straßenrand ablädt, sei ein Dreckschwein. Das Recht ist ja nun kein Müll, das Recht ist ein höheres Gut. Trotzdem fällt einem doch die Frage ein, wie man die Autoren nennen soll, die solch einen Vertrag vorlegen, von dem sie wissen, dass er ungesetzlich ist. Der Vertrag belastet offensichtlich die Bürger mit hohen Kosten. Wir hatten im Stadtrat hier beschlossen, dass die Ermittlung der Kosten dieses ganzen Fusionsweges mit aufgeschrieben werden. Wir haben da bis heute keine Antwort, was allein der Prozess der Fusion kostet. Wir wissen aber, das klang schon bei der ersten Sitzung der Hauptausschüsse an, dass die Synergieeffekte nicht eintreten. Wir haben sogar festgestellt in der letzten Version des Vertrages

sind noch besondere Schutzklauseln für die Mitarbeiter der Stadtverwaltung eingearbeitet worden. Da kann für die Bürger keine Entlastung entstehen. Wir hatten auch einen Stadtratsbeschluss, wonach durchgerechnet wird, was denn Roßlau als eigenständige Stadt in einem Kreis Anhalt für Vor- oder Nachteile hätte und wie sich da die Kosten entwickeln würden. Da hatten wir hier direkt beschlossen, wir wollten Dessau als Kreisstadt, Köthen und Anhalt-Zerbst als Alternative zu der Städtefusion in einer kreisfreien Stadt berechnen. Als Antwort habe ich dann bekommen, das ginge nicht, das könne man nicht berechnen, weil die Zahlen von Bernburg nicht vorliegen. Ich würde sagen die Kostenermittlungen, einmal des Fusionsweges und alternativer Gebietsstrukturen sind eine klar Missachtung des Stadtrates.

Ich vermisse also hauptsächlich in dem Vertrag irgendwelche Anreize, dass von der Fusion ein Impuls ausgeht und eine neue Dynamik in der Bevölkerung entwickelt. Das können nicht nur materielle Werte sein. Das weiß jeder. China mit Wachstumsraten von 10 % oder Südkorea oder andere Bereiche, die haben außer den materiellen Zielen immer noch gemeinsame Ziele, gesellschaftliche Ziele. So etwas wäre praktisch die Identität der anhaltischen Bevölkerung gewesen. Das wird nun kaputt gemacht. Die hauchdünne Zustimmung der Bürger Roßlaus ist aus meiner Sicht, und da muss endlich einmal Herr Tonndorf widersprechen, nur durch diese beispiellose Desinformationskampagne und den Missbrauch der Medienmacht zustande gekommen. Ich möchte nur einmal etwas dagegen setzen, dass jetzt die, die gegen die Fusion waren, immer als Lügner dargestellt wurden und die, die für die Fusion waren die Wahrheit serviert bekommen haben. Die ganzen Belege für die Desinformation seitens der CDU können sie nachlesen, die könnte ich auch noch ausreichen. In Summa fügt jedenfalls die Fusion dem Gemeinwohl materiellen Schaden zu und höhlt die demokratischen Strukturen aus. Die FDP fordert deshalb die Ablehnung des Vertrages durch den Stadtrat mit dem Ziel einen sauberen Text zu formulieren, der klare Ziele setzt zum Wohle der Bürger Roßlaus, zum Wohle Anhalts und zum Wohle Dessaus. Die Termine der Gebietsveränderungen sollten synchronisiert werden auf das Jahr 2007. Denken Sie an das Motto des Kirchentages: „Wenn dein Kind dich morgen fragt, dann sollen Sie sich nicht moralisch schuldig gemacht haben gegenüber Anhalt, Roßlauer und Dessauer Bürger.“

Herr Tonndorf, Fraktion Neues Forum

Ich nehme mein Recht wahr, ein zweites Mal zu sprechen. Ich muss Herrn Bader vorwerfen, dass er entgegen der Weisheit von Wirtschaftswissenschaftlern eine Umkehrung der wirtschaftlichen Entwicklung macht. Nicht die Region schafft ein starkes Zentrum, sondern Wirtschaftswissenschaftler aus aller Welt weisen nach und belegen, dass ein starkes Zentrum auf die Region ausstrahlt. Das ist auch bei uns so. Den Beweis hat nicht nur die Region Bietigheim-Bissingen angetreten, die vor 30 Jahren fusionierten, zwar unter anderen wirtschaftlichen Bedingungen als wir sie heute vorfinden, aber vielleicht hätten doch diese oder jene Gegner der Fusion sich das dort einmal ansehen können. Wir haben im Bus festgestellt, dass niemand von den Gegnern Interesse hatte, sich das ansehen zu wollen.

Zu Anhalt – die Fraktion des Neuen Forum tritt und trat unverändert auch für eine starke Region Anhalt ein. Wir haben von Anfang an dafür plädiert, dass der Landkreis Anhalt-Zerbst nicht geteilt wird, sondern als Ganzes in ein neues Kreisgebilde eingeht. Von der ersten bis zur letzten Stellungnahme. Auch die Stadt Dessau-Roßlau wird in einer weiteren, einer späteren Gebietsreform für das Umland, für das Anhaltische Umland zur Verfügung stehen, auch als Kreissitz, nicht als Kreisstadt. Wir werden als kreisfreie Stadt die Möglichkeit in Angriff nehmen können, es so zu

tun, wie Halle das seit Jahren durchführt oder auch wie es in der Region Hannover getan wird. Es gibt einen Kreis Hannover Land, der aus der kreisfreien Stadt Hannover regiert wird. Und warum sollte das bei Dessau-Roßlau anders sein.

Herr Vester, Fraktion PDS

Die Idee, die Stadtwerke mindestens 12 Jahre nicht zu verkaufen ist ja gut. Finde ich toll, hätte von uns sein müssen. Aber die Bürgerinnen und Bürger von Dessau haben mehrheitlich unter der Organisation und Leitung der PDS-Fraktion im Stadtrat sich dagegen gewehrt, dass die Wirtschaftspartei, die CDU die Stadtwerke, das Tafelsilber der Stadt Dessau, verkauft. Das nur zur Information und Richtigstellung.

Herr Koschig, Bürgermeister

Ich möchte auf einige Ausführungen meiner Vorredner doch eingehen. Zumal ich in einigen Dingen persönlich zitiert wurde. So wird immer wieder von Stadträten hingewiesen, dass hier keine Eile geboten ist. Ich denke, wir haben uns auch hier unter keine Eile gestellt, denn aus dem Fusionsvertrag geht eindeutig hervor, dass wir unseren Erstreckungszeitraum für mindestens bis 2010 auch ausnutzen wollen und in dieser Zeit die Fusion der Städte Dessau und Roßlau vollenden wollen. Aber in einer Art gibt es schon Eile und da stehe ich auch zu meinen Aussagen in der Pressekonferenz, wo der Super Sonntag mit zitiert hat. Wir haben auf Bitten der Landesregierung unsere Bürgerschaft gedrängt zu einer Entscheidung. Das war eine sehr schwere Entscheidung, was wir unseren Bürgern abgenötigt haben. Wir alle erinnern uns noch und die Namen hört man noch heute aus dieser Diskussion wieder sehr deutlich heraus. Aber jetzt wollen die Bürger, wie man so schön in Roßlau sagt „Butter bei de Fische“. Und sie erwarten jetzt von uns den zügigen Vollzug dieser Fusion. Und deswegen denke ich ist es auch richtig, dass wir uns für den 01.01.2006 verwenden. Und ich glaube, es ist auch deswegen richtig, dass Herr Otto und ich heute in der Anhörung im Innenausschuss noch einmal ganz eindeutig auf den 01.01.2006 reflektiert haben. Das, was ich aus den Gesprächen mit den Mitgliedern des Landtages Sachsen-Anhalt direkt gehört habe, aber was ich auch aus den Diskussionen herausgehört habe ist, dass dieser Termin doch recht gute parlamentarische Chancen hat. Dass also unsere Anregungen in unseren Stellungnahmen schon in den politischen Diskussionen des Landtages sind, weil auch hier die Diskussion stattfindet. Wir können eine solche Fusion nicht einfach 27 Monate aussitzen. Das ist den Bürgern nicht begrifflich zu machen und das würde politischen Schaden in unserem Lande anrichten. Und das wissen sowohl die Abgeordneten der CDU wie auch der SPD, mit dessen Fraktionschefs wir gesprochen haben, von der FDP Herr Wolpert und ich denke auch die Genossen der PDS sind der selben Meinung, dass wir das nicht ohne schuldhaftes Zögern in die Länge ziehen sollten.

Es ist angesprochen worden nur 51 % wollen die Fusion. Erst einmal wissen wir nicht, was die Bürger wollten, die nicht zur Wahl gegangen sind. Aber es waren immerhin fast 67 % unserer Bürgerinnen und Bürger, die ihre Stimme abgegeben haben. Aber was ich in diesen Tagen und Wochen nach dem Bürgerentscheid spüre ist, dass es einen weiteren Stimmungswandel in der Stadt gibt, Richtung Fusion. Von einer 80 %-igen Ablehnung im Jahre 2001 zu einer fast 52 %-igen Zustimmung im Frühjahr 2005 ist ein sehr weiter Weg und ich spüre auch, dass jetzt Bürger, die sich noch nicht für ein Ja entscheiden konnten, sich jetzt mit diesem Gedanken anfreunden, weil es nun einmal auch eine Mehrheitsentscheidung gab, die es jetzt auch umzusetzen gilt. Ganz besonders deutlich habe ich es gespürt neulich bei der Goldenen Konfirmation in der evangelischen Kirche, wo ich immer eingeladen werde ein klei-

nes Grußwort zu halten und über die jüngsten Entwicklungen in der alten Vaterstadt Roßlau zu berichten. Und da war natürlich das Thema Bürgerentscheid 20. März 2005 ein wichtiger Punkt. An so einem Thema kann ich bei einer solchen Ansprache überhaupt nicht vorbei gehen. Und hinterher hörte ich von Roßlauern, die hier leben aber leider keine Mitteldeutsche Zeitung mehr lesen, dass sie so etwas alles gar nicht gewusst haben, was mit diesem Bürgerentscheid und dieser Fusion alles zusammenhängt. Und welche Folgen das für unsere Stadt hat. Ich wurde dann noch zu einzelnen Details befragt in kleiner Runde. Es war erstaunlich, wie auch da eine zunehmende Zustimmung zu dem Projekt, so darf ich es einmal nennen, Dessau und Roßlau, zum Ausdruck kam. Wir reden schon lange nicht mehr über nur 51,7 %.

Was die Kreisfreiheit Dessau-Roßlau betrifft, wir schreiben sie in dieses Dokument rein, weil es unser gemeinsamer politischer Wille ist, der Dessauer und der Roßlauer. Schon der Gesetzentwurf schreibt dieses vor, es ist ja von meinen Vorrednern schon erwähnt worden. Und ich konnte auch heute wieder in der Anhörung im Innenausschuss nicht erkennen, dass diese Kreisfreiheit für die neue Doppelstadt Dessau-Roßlau grundsätzlich in Frage gestellt wird. Insofern bewegen wir uns hier schon auf einem gesetzlichen Wege, auch wenn aktuell mit der heutige Beschluss sicherlich nicht konform geht mit der Gemeindeordnung und wir wissen sehr wohl und das ist ja auch schon angesprochen worden, dass sich die Kommunalaufsicht da natürlich äußern wird, wenn wir den Fusionsvertrag zur Genehmigung einreichen werden.

Übergangsstadtrat – ein sehr kniffliges Problem, auch verfassungsrechtlich ist es nicht ganz unproblematisch. Der Wunsch beider Stadträte ist zum Ablauf der Wahlperiode 2009 den Übergangsstadtrat zu bilden. Wir haben den Vorschlag gemacht an den Gesetzgeber, einen zusätzlichen Paragraphen in das Kommunalneugliederungsgesetz einzufügen. Ich habe die Stellungnahme, die ich Ihnen schriftlich ausgehändigt habe, nicht vorgetragen, da sie in vielen Dingen mit denen von Oberbürgermeister Otto übereinstimmt bzw. von Frau Berlin aus Coswig. Gerade hier zu diesem habe ich explizit noch einige Ausführungen gemacht und ich hatte den Eindruck, dass die Mitglieder des Innenausschusses sehr aufmerksam zugehört haben. Das ist kein einzelnes Problem der Stadt Dessau-Roßlau, sondern ein landesweites Problem. In anderen Teilen unseres Landes ist nämlich von Kreistagen genau der selbe Wunsch auch schon ausgesprochen worden. Wir sind ja gar nicht gegen diese kommunale Neugliederung und wir können mit dem 01.07.2007 auch gut leben, aber wir sind gewählt bis 2009. Es muss doch möglich sein, wie bei Halle und Halle-Neustadt, dass bis zum Ende der Wahlperiode beide Kreistage den Übergangskreistag bilden. Und der Gesetzgeber hat natürlich auch immer nur das Gemeinwohl zu berücksichtigen und da habe ich dann in die Diskussion, zumindest als Anregung noch mit eingebracht, momentan sind die meisten Kommunalwahlen, mit Ausnahme eigentlich der Landratswahlen und der Bürgermeisterwahlen, alle an einem Tag in unserem Lande. Kreistage und die Stadträte werden an einem Tag gewählt- Wenn es bei den jetzigen Entwurf des Kommunalneugliederungsgesetzes bleibt, wird an irgend einem Tag nach dem 01.01.2006 in Dessau-Roßlau gewählt, frühester Zeitraum ist heute genannt worden, würde sich anbieten. Die Landtagswahlen im März 2006. Ein sehr praktikabler Termin wären die Wahlen zum Oberbürgermeister der Stadt Dessau-Roßlau – August/September bei einem Fusionstermin 01.01.2006. Es wäre auch ein denkbarer Termin, auch da ließe sich sicherlich verfassungsrechtlich etwas strecken, der 01.07.2007, wenn nämlich alle Kreistage neu gewählt werden müssen, die aus Fusionen von Landkreisen entstehen. Aber was machen wir mit den beiden kreisfreien Städten Halle und Magdeburg, deren Wahlperiode bis 2009 unbestritten ist? Was machen wir mit den Landkreisen, die ebenfalls nicht fusionieren? Stendal, Altmark-

kreis Salzwedel und möglicherweise das Jerichoer Land wenn es uns gelingt, und das ist heute sehr deutlich, dass das Zerbster Land nicht abgegeben werden darf an das Jerichoer Land. Aber es gibt ja Kreise, die nicht fusionieren werden und auch deren Wahlperiode geht bis 2009. Und damit haben wir die verschiedensten Kommunalwahltermine und wir könnten hier mit einem Passus im Kommunalneugliederungsgesetz festhalten, dass die Wahlperioden der bestehenden Kommunalorgane, also der Stadträte und der Kreistage bis zum Ende der Wahlperiode 2009 die Übergangsparlamente bilden und hier wieder eine Synchronisation herbeiführen. Es ist nicht ganz einfach, bedarf doch einigen juristischen Rates, aber wir sollten nicht schon davor die Flinte ins Korn werfen. Sondern ich denke, hier sind wir mit dem Innenausschuss in ein gutes Gespräch gekommen. Dieses Gefühl hatte ich heute morgen jedenfalls bei diesem Punkt meiner Ausführungen.

Kindertagesstättenkonzept – das ehrt diese Stadt – wir nennen uns ja auch gern kinderfreundliche Stadt – dass dieser Fusionsvertrag ganz wesentlich von der Qualität des Kindertagesstättenkonzeptes abhängt. Hier hat die Dessauer Seite auch auf Drängen der Roßlauer Kollegen und vor allem auch des Abg. Gerdung schon eine Nachbesserung gemacht. Hier haben wir einen klaren Arbeitsauftrag, ein gemeinsames Kindertagesstättenkonzept so zügig wie möglich zu erstellen. Daran wird auch gearbeitet. Aber ich gebe zu denken, 1. ist ein Kindertagesstättenkonzept für einen Fusionsvertrag nicht erforderlich. Das wird uns sicherlich die Kommunalaufsicht sogar reinschreiben, was soll das? Und 2. denke ich doch, und das war meiner Meinung nach ein einstimmiger Beschluss im Stadtrat, haben wir ein fantastisches Kindertagesstättenkonzept. Es ist doch nur auf Dessauer Seite, wo momentan kein Konzept in der Qualität der Roßlauer ist. Das heißt, wir können doch in diesen Fusionsvertrag einsteigen mit ruhigem Herzen, denn dieses Dokument wird ein Dokument für die Stadt Dessau-Roßlau, nur dass es eben von der hohen Qualität momentan nur für den Stadtteil Roßlau gilt. In sofern halte ich das überhaupt nicht für einen Hinderungsgrund.

Hier wurde angesprochen, dass die Unterlagen viel zu spät gekommen sind, man sich damit überhaupt nicht beschäftigen konnte. 3 Monate sind zu wenig. Wir haben den 1. Entwurf an alle, weil auch da der Wunsch kam, Sie hätten auch schon viel früher sagen können, können wir nicht auch einen Entwurf bekommen, am 21.12.2004 allen ausgereicht. Das sind bis heute 177 Tage, in der nächsten Woche ist es ein komplettes halbes Jahr. Ich weiß nicht, welche Dokumente wir schon so lange in der politischen Diskussion, wie diesen Fusionsvertrag, der in seinen Grundelementen, in seinem wesentlichsten Tenor vom ersten Tag an bis heute geblieben ist. An dem Grundtenor dieses Vertrages ist nichts geändert worden, sondern wir haben sehr, sehr viel daran gefeilt, sehr viel Veränderungen vorgenommen. Hier darf ich mich an den Dank von Herrn Tonndorf anschließen, eine großartige Arbeit der Hauptausschüsse ist hier geleistet worden. Ich denke, dieses Dokument ist beschlussfähig.

Ich möchte Herrn Bader auf die Mauer der Kreisfreiheit hinweisen. Die Stadt Dessau hat nur noch rudimentäre Stadtmauern, die allerdings deutlich innerhalb der kreisfreien Mauern sind. Manchmal habe ich den Eindruck, dass die noch komplett erhaltene Zerbster Stadtmauer problematisch ist, aber ich möchte alle Stadträte einladen zum Leopoldsfest am 01. bis 03. Juli zu kommen. Es ist die zweite Auflage, damit Sie sich ein Bild machen können, dass es um eine kreisfreie Stadt keine Mauern gibt. Und falls das nicht reichen sollte, erinnern Sie sich an den fantastischen Karnevalszug am Sonntag vor Rosenmontag in Dessau mit einer wahnsinnigen Beteiligung des Umlandes. Da sind nicht nur die Jecken aus dem Umland gekommen, sondern

die Bürgerinnen und Bürger aus allen Nachbarkreisen und in ganz besonders intensiven Maße aus unserer Stadt.

Ich möchte schließen, wie Herr Gerdung mit einer Volksweisheit: „Wer rastet der rostet“

Herr Dreibrodt, Fraktion SPD

Bevor ich vorbereitetes Papier zum Vortrag bringe, muss ich ad hoc, damit ich es nicht vergesse, auf Bemerkungen von Vorrednern eingehen.

Zum einen muss ich sagen, bin ich sicher nicht der einzige, der sich extrem wundert, dass ausgerechnet heute, wo es um die Eigenständigkeit der Stadt Roßlau geht, sich der Herr Tonndorf zweimal zu Wort gemeldet hatte. Zweitens hat der Bürgermeister von einer Goldenen Konfirmation gesprochen. Mir ist durch Zufall bekannt, dass ein Goldener Konfirmand aus Coswig anwesend war, Herr Koschig über 35 Minuten über die Fusion referiert hat, die Leute sich gelangweilt haben, unruhig wurden und ein Beschwerdebrief geplant ist, dieses Goldenen Konfirmanden aus Coswig, an den Pfarrer, Herrn Tobies in Roßlau. Ob er schon da ist weiß ich nicht.

Zum anderen, die Lobhudelei der guten Hauptausschuss-Arbeit muss man entschieden widersprechen. Was Herr Pfennigsdorf angesprochen hat ist in Grundsätzen richtig und besonders die Hauptausschüsse, beide Hauptausschüsse, aber auch der Hauptausschuss im Roßlauer Stadtrat haben fast ausschließlich mit Tischvorlagen gearbeitet unter mächtigem Zeitdruck. Also es war keine gute Arbeit, das ist alles durchgepeitscht worden. Das muss man hier nur einfach einmal richtig stellen.

Aber jetzt zum Text. Am heutigen Tag fällt der Stadtrat der Stadt Roßlau eine äußerst bedeutsame Entscheidung. Es wird über einen Antrag abgestimmt, der in seiner Bedeutung eine wahrhaft historische Dimension für unsere Heimatstadt und darüber hinaus für die ganz Region hat. Aus diesem Grunde ist es verwunderlich, dass der Herr Bürgermeister Koschig nicht von seinem Recht gebrauch gemacht hat, wegen der Bedeutung des heutigen Tages die Beflaggung des Roßlauer Rathauses anzuordnen, Beflaggung des Rathauses oder besser noch der ganzen Stadt, wäre unstrittig für den heutigen Tag angemessen gewesen, und zwar auf Halbmast. Die durch die festgefügten Mehrheitsverhältnisse im Roßlauer Stadtrat sichere Annahme des Fusionsvertrages zwischen der Stadt Dessau und der Stadt Roßlau wäre der Grund für das Setzen der Roßlauer Stadtfahnen auf Halbmast. Was ist dieser so genannte Fusionsvertrag, was bedeutet die Annahme für Roßlau? Die Antwort auf diese Frage kann bei kritischer Bewertung des Sachverhaltes nur lauten: Der Fusionsvertrag ist nichts weiter als ein geschönter Vertrag zur Eingemeindung der Stadt Roßlau nach Dessau. Daran hat sich von seinem ersten Entwurf vor Monaten mit den inhaltlich eher unbedeutende Änderungen bisher nichts geändert. Bürgermeister Koschig, als der Organisator der Fusion auf Roßlauer Seite wusste von Anfang an, dass der schwierigste Teil eines Fusionsprojektes sein wird die Herabstufung Roßlaus zur Ortschaft zu verschleiern und den Fusionsvertrag ausreichend schmackhaft zu machen. Nebenbei möchte ich einmal darauf hinweisen, dass soeben ganz wichtige Stadträte, die sich um die Fusion bemüht haben, so genannte Fusionisten, demonstrativ den Ratssaal verlassen haben. Das zeigt das demokratische Verständnis der Leute, denn die anderen Stadträte haben sich bewusst und geduldig die Meinungen der Gegenseite jederzeit angehört. Das nur nebenbei.

Dafür hat man sich einiges einfallen lassen. Einleitend wurde dem Vertrag eine Präambel vorangestellt, welche bei Gebietsänderungsverträgen zur Eingemeindung eher unüblich sind. Hier wird schwülstig mit Allgemeinplätzen um sich geworfen, und die Bildung einer Doppelstadt versprochen, was schon bei umblättern auf Seite 2 als

glatte Lüge entlarvt wird. Schon auf Seite 2 wird unter § 4 Ortschaftsverfassungen festgeschrieben, dass die Stadt Roßlau das über 400-jährige Stadtrecht aufgibt und auf das kommunalrechtliche Maß einer Ortschaft herabsinkt und dann nur noch gleichberechtigt neben anderen Ortschaften, wie zum Beispiel Brambach, Kleinkühnau, Sollnitz, Kleutsch, Quellendorf und Rodleben steht. Damit gibt Roßlau seine Eigenständigkeit und Souveränität, eigenes Planungsrecht und Selbstbestimmung nebst dem über 400-jährigen Stadtrecht auf. Und das ohne Not und Freiwillig. Wenn Roßlau nur noch über einen Ortschaftsrat verfügt, dürfen nur noch Wünsche formuliert werden, jedoch nicht Wesentliches mehr selbst beschlossen. Kein Beschluss zu eigenen Steuern, zu Abgaben und Gebühren, keine eigene Haushaltsplanung und auch keine Investitionsplanung, nur noch Wünsche und Hoffen, nichts mehr wird selbst bestimmt.

Oder bildet sich jemand von den hier Anwesenden ein, dass der politische Einfluss von nach jetzigen Bevölkerungsschlüsseln nur noch 8 Roßlauer Stadträten im gemeinsamen 50-köpfigen Roßlau-Dessauer Stadtrat ausreicht, um Roßlauer Interessen künftig ausreichend durchzusetzen?

Oberbürgermeister Otto hat auf seiner Roßlauer Fusionswerberundreise im Frühjahr diesen Jahres...

Die Vorsitzende des Stadtrates, Frau Müller, erinnert Herrn Dreibrodts an die Einhaltung der Redezeit.

Herr Dreibrodts entgegnet, dass er seit Zeit kennt, die ist noch lange nicht ab und bittet Frau Müller, ihn nicht zu unterbrechen

(Lt. Aufzeichnungsgerät spricht Herr Dreibrodts bereits 8 Minuten)

Herr Dreibrodts setzt seine Ausführungen fort.

Oberbürgermeister Otto hat auf seiner Roßlauer Fusionswerberundreise im Frühjahr diesen Jahres im Alten- und Pflegeheim Lukoer Straße ungewollt Einblick in die Dessauer Stadtratsarbeit gewährt. Versehentlich sprach er von einem Hauen und Stechen, wie es im jetzigen Dessauer Stadtrat zwischen den in ihrer Ortschaft vertretenen Stadträten üblich ist. Dieses Los erwartet die dann nicht einmal an zwei Händen abzuzählenden Stadträte aus einer künftigen Ortschaft Roßlau. Dieses Los erwartet aber damit auch unsere Stadt Roßlau selbst. Dieser § 4 Ortschaftsverfassung ist der Dreh- und Angelpunkt des Vertrages. An dieser Stelle sind die Tatsachen ganz brutal in wenige Worte gemeißelt. Die Stadt Roßlau hört auf, eine souveräne, eigenständige Stadt zu sein. Die Stadt Roßlau ist in Zukunft nur noch eine Ortschaft unter vielen von der künftigen Stadt Dessau-Roßlau.

Um von dieser unangenehmen Wahrheit abzulenken hat man natürlich etwas dagegen gesetzt, was den Vertrag vom gewöhnlichen Eingemeindungsvertrag unterscheiden könnte. Und da gibt es tatsächlich zwei augenscheinliche Abweichungen. Zum einen lässt Dessau das Anhängsel Roßlau im neuen Stadtnamen Dessau-Roßlau tatsächlich zu und zum anderen lässt sich Dessau darauf ein, das Stadtwappen von Roßlau

Die Vorsitzende des Stadtrates, Frau Müller, weist Herrn Dreibrodts noch einmal darauf hin, dass er seine Redezeit überschritten hat und bittet ihn seine Ausführungen zu beenden.

Herr Dreibrodth weist Frau Müller darauf hin, ihm genau die gleiche Redezeit zu gewähren wie die anderen Stadträte.

Frau Müller bekräftigt, dass die anderen Stadträte 5 Minuten geredet haben, sie hat besonders darauf geachtet.

Herr Föse spricht zur Geschäftsordnung. Es ist unfair, wenn der Schiedsrichter dieses Hohen Hauses die Redezeit feststellt und der Anstand verlangt es eigentlich, das zu akzeptieren.

Herr Mau, Fraktion CDU

Ich muss wieder einmal ein Zitat loswerden für Herrn Dreibrodth, weil er sagt, hier wird alles durchgepeitscht. Es gab eine Sondersitzung im Kreistag, die wurde einberufen, da wurde weder eine Beschlussvorlage noch ein Arbeitskonzept vorgelegt. Wer sich hier eschofiert, dass er so nicht arbeiten kann, hat da stillschweigend zugestimmt. Ich wollte nur einmal auf die Zweizügigkeit hinweisen.

Herr Seibt, Fraktion FDP/Offensive D/BL

Und zwar geht es mir jetzt darum, dass Sie wissen, dass ein 25 Mio Haushaltsloch in Dessau ist, das konnte mir Sabrina Nußbeck sogar bestätigen. Ist das richtig? Müsstent Sie eigentlich wissen. (Herr Koschig verneint.)

Stimmt nicht, na gut, dann ist es halbiert worden wegen mir.

So wird davon schon geredet. Aber mir kommt es jetzt darauf an, wenn wir die Fusionierung durchführen und heute auch abstimmen darüber, schleppen mit uns 19 Mio, die dann zu Dessau gehören. Rodleben hat 1,4 Mio. Es besteht nachher ungefähr 45 Mio, ich gehe einmal von diesen 25 Mio aus, die hat damals Frau Nußbeck als niedrig gegenüber den Haushalt von Dessau gesagt und wo ich sie daraufhin angesprochen habe, sagte sie ungefähr 24,2 Mio. Das sind also 45 Mio, die nachher zu Buche stehen. Darum bin ich auf drauf gekommen, wie das die CDU damals vorhatte, dass die Stadtwerke veräußert werden sollten, Teile davon. Es lief natürlich auf Ablehnung bei den anderen Stadträten und Fraktionen.

Die Frage, die ich jetzt stelle, wenn Sie zum Beispiel Oberbürgermeister wären, was noch in den Sternen steht, wie wollen Sie denn diese 45 Mio senken?

Herr Koschig, Bürgermeister

Herr Seibt, ich kann seit dem 20. März sehr gut schlafen, obwohl die Summe, über die Sie gerade reden, mehr als doppelt so hoch ist. Aber ich kann gut schlafen. Erstens weil die Bürgerschaft uns einen klaren Auftrag gegeben hat und den setzen wir jetzt um. Und ich persönlich bin nach wie vor der Überzeugung, dass dies ein zukunftsfähiges Projekt ist, was wir hier bearbeiten. Und zum anderen, weil das nicht nur eine Schuldenzahl ist. Die hört sich gigantisch an, sondern es sind Verbindlichkeiten, die die Doppelstadt Dessau-Roßlau tragen kann. Sie hat es bis jetzt getragen und sie wird es demnächst auch tragen. Und wir werden mit dem gleichen Anstand und Würde auch die Schulden tragen, die Sie noch nicht erwähnt haben, nämlich die anteiligen vom Landkreis Anhalt-Zerbst.

Herr Dreibrodth, Fraktion SPD

Vielen Dank Frau Vorsitzende, ich fahre fort. Wir waren stehen geblieben an der Stelle Zugeständnisse der Stadt Dessau, Verquasung des Roßlauer Wappens ins Dessauer und Anhängsel Dessau-Roßlau – Namensanhängung.

Die Fraktion der SPD des Roßlauer Stadtrates verweist jedoch nochmals darauf, dass diese Zugeständnisse nur Kosmetik am Vertrag sind. Diese so genannte Doppelstadtgründung ist und bleibt auch mit diesen Extras für Roßlau eine reine Eingemeindung und ist nichts anderes.

Noch einige Bemerkungen zu der Auswirkung dieser so genannten Fusion. Für die gesamte Region, für die Region Anhalt. Als Augenzeuge der am heutigen Tag im Dessauer Ratssaal stattgefundenen Anhörung des Innenausschusses des Sachsen-Anhalter Landtages konnte folgendes festgestellt werden. Die geplante Zerstückelung vom Landkreis Anhalt-Zerbst, wobei der gesamte Altkreis Zerbst nur eigener Bestandteil des historischen Landes Anhalt ist ins Jerichoer Land macht auch die spätere Bildung eines Regionalkreises Anhalt mit dem natürlichen und zugleich historischen Zentrum Dessau zunichte. Allen betroffenen Landräten der Region Anhalt, außer natürlich dem Landrat des zu zerschlagenen Landkreises Anhalt-Zerbst ist fast jede Kreiszusammenlegung recht, Hauptsache die eigene Kreisstadt ist auch die Neue. In dem Zusammenhang war besonders interessant, wie Landrat Schulze, Landrat von Bitterfeld folgende Geschichte erzählte, wie die Landräte vor Monaten zusammensaßen und OB Otto in ihrem Kreise war, hat er persönlich gesagt, er hat darauf gewartet und wir alle anderen Landräte, dass OB Otto auf sie zugeht und die Kreisfreiheit aufgibt. Und alle wären im Boot gewesen. Wir hätten wie von selbst den Kreis Anhalt gehabt, unser Zentrum. Wir wären eigenständig geblieben. Das was wir gepredigt haben, das hätte sein können. Es scheitert am Kirchturmdenken, dem wir uns anschließen. Die Mauer um Dessau, das macht Anhalt kaputt und schädigt der Stadt Roßlau. Der Erhalt der Kreisfreiheit von Dessau, für die Roßlau seine Eigenständigkeit opfern soll, wird mit Sicherheit nur noch für einige Jahre für einen geschichtlich kurzen Zeitraum möglich sein, weil die anstehende Gebietsreform viel zu kleinteilig ist.

Weil also, und Frau Müller jetzt komme ich zum Schluss, die Redezeit ist garantiert ein zweites Mal nicht überschritten, weil also mit diesem vorliegenden Fusionsvertrag in Wirklichkeit eine Eingemeindung mit allen damit verbundenen Nachteilen für die Stadt Roßlau nach Dessau stattfinden wird und weil darüber hinaus die Auswirkung für die gesamte Region Anhalt verheerend ist, wird die Fraktion der SPD diesen Fusionsvertrag ablehnen. Im Übrigen stellt die Fraktion der SPD den Antrag, dass über den Fusionsvertrag namentlich abgestimmt wird. Ich denke, jeder Stadtrat sollte so viel Kreuz haben, dass er darüber namentlich abstimmen lässt, damit auch zukünftige GenerationenFrau Sauermilch, heute wird über den Fusionsvertrag abgestimmt, heute gibt es eine neue Abstimmung, worauf Sie resultieren ist eine alte Geschichte, passen Sie bitte ein bisschen auf.

Herr Koschig, Bürgermeister

Ich möchte mir nur die Anmerkung erlauben, dass mit der Begründung der Ablehnung der SPD-Fraktion die selbe gegen das eigene Votum verstößt, sich dem Willen der Bürgerschaft zu beugen. Die Begründung ist hier die Fusion Dessau-Roßlau hat verheerende Auswirkungen auf Anhalt. Das hat der Stadtrat nicht zu bewerten, weil die Bürgerschaft gesagt hat, wir wollen die Fusion. Hier steht zur Debatte der Fusionsvertrag.

Frau Liensdorf verlässt die Beratung, somit ist der Stadtrat mit 27 Stimmberechtigten beschlussfähig.

Es wird nun über den Antrag von Herrn Dreibrodt abgestimmt, dass die Abstimmung über den Fusionsvertrag namentlich erfolgen soll.

Abstimmungsergebnis:

Stimmberechtigte	Enthaltung nach § 31 GO	Zustimmung	Ablehnung	Enthaltung
27	0	18	9	0

Beschluss: Die Abstimmung über den Fusionsvertrag erfolgt namentlich.

Frau Böning, Protokollantin, wird die Namen aufrufen und jeder Stadtrat gibt seine Abstimmung bekannt.

Name

Rainer Augustin	Ja	
Burkhard Bader	Nein	
Kurt Brumme	Ja	
Hans-Peter Dreibrodt	Nein	
Lutz Föse	Ja	
Rainer Gerdung	Nein	
Sylvia Gernoth	Nein	
Klaus-Peter Henkel	Ja	
Dirk Hofmeister	Ja	
Axel Kaczmarek	Nein	
Helmut Kläre	Ja	
Günter Koroll	Ja	
Andre Kulas	Ja	
Hans-Joachim Mau	Ja	
Christiane Mitsching	Nein	
Christa Müller	Ja	
Hubert Pfennigsdorf		Nein
Hannelore Sauermilch	Ja	
Andreas Schwierz	Ja	
Gerhard Seibt	Nein	
Siglinde Sumpf	Ja	
Klaus Tonndorf	Ja	
Peter Vester	Ja	
Jörn von der Heydt	Ja	
Lutz Weiland	Ja	
Dieter Wilke	Nein	
Klemens Koschig	Ja	

Abstimmungsergebnis:

Stimmberechtigte	Enthaltung nach § 31 GO	Zustimmung	Ablehnung	Enthaltung
------------------	----------------------------	------------	-----------	------------

27	0	18	9	0
----	---	----	---	---

Beschluss: Der Stadtrat beschließt den Vertrag über den Zusammenschluss der Städte Dessau und Roßlau (Elbe) - Fusionsvertrag

Die Vorsitzende des Stadtrates, Frau Müller, begrüßt hierzu den Vorsitzenden der CDU-Fraktion im Stadtrat Dessau und gleichzeitig Ortsbürgermeister von Waldersee, Herrn Lothar Ehm sowie die Beigeordnete für Finanzen der Stadt Dessau, Frau Sabina Nußbeck.

Frau Müller bittet nun um Diskussion zur Beschlussvorlage.

Herr Föse, Fraktion CDU

Am 20.03.2005 hat die Roßlauer Bevölkerung ein mehrheitliches Votum für die Fusion mit der Stadt Dessau abgegeben. Mit diesem historischen Datum war der Weg frei für die Erarbeitung des Fusionsvertrages einschließlich den Anlagen. Die Verwaltung beider Städte, und dafür unser Respekt und Dank haben in einer denkbar kurzen Zeitschiene das uns heute vorliegende Vertragswerk erarbeitet. In den vielen Hauptausschuss-sitzungen, vielfach gemeinsam Dessau und Roßlau haben die Stadträte beider Städte das Vertragswerk so modifiziert, oftmals mit sehr kontroversen und teilweise nicht nachvollziehbaren Diskussionen, wie es heute zur Abstimmung vorliegt. Es waren Stunden harter Arbeit für alle Mitwirkenden. Bei der nachfolgenden Prüfung des Fusionsvertrages sollte davon ausgegangen werden, dass hier der übereinstimmende Wille beider Partner zum Ausdruck gebracht wird, und das nicht durch verwaltungsrechtliche und juristische Prämissen, der Vertrag auf den Kopf gestellt wird.

Ein wesentlicher Punkt aus unserer Sicht sind möglichst schnelle Aussagen zur Zusammensetzung des künftigen Stadtrates der Stadt Dessau-Roßlau. Nach dem Willen beider Städte soll er aus den bisherigen 50 Dessauer und 28 Roßlauer Stadträten bestehen. Erst bei der nächsten Kommunalwahlen 2009 werden dann wieder 50 Stadträte die Stadt Dessau-Roßlau vertreten. Auch wenn diese Regelung vielleicht im Widerspruch zu gesetzlichen Regelungen steht, sollte man in diesem Fall nicht unbegründet den Willen beider Stadträte widersprechen. Wir hier vor Ort an der Basis haben gemeinsam mit allen politischen Kräften im Bündnis „Sag ja zur Elbestadt Dessau-Roßlau“ uns mit Herzblut dafür eingesetzt, dass die Fusion der Städte Dessau und Roßlau keinesfalls in den zeitlichen Fahrplan der Gebietsreform eingearbeitet werden darf, sondern muss zum 01.01.2006 vollzogen werden.

Herr Gerdung, Fraktion FDP/Offensive D/BL

Die Roßlauer Bürgerschaft hat sich mit knapper Mehrheit per Bürgerentscheid, und mancher glaubt heute noch per Volksentscheid, für eine Fusion mit unserer Nachbarstadt Dessau ausgesprochen. Diese Entscheidung ist für den Stadtrat und die Verwaltung ein Auftrag zum Handeln. Alle Gremien haben sich mit dem Thema befasst und auseinandergesetzt. Dieser Prozess ist aber zum jetzigen Zeitpunkt noch nicht abgeschlossen. Trotzdem soll schon heute dem Vertragsentwurf die volle Legitimation erteilt werden. Dem kann ich nicht zustimmen. Dass ein so wichtiges Ver-

tragswerk erst nach In-Kraft-Setzen fertig ausgestaltet werden soll, kann weder Auftrag noch im Interesse der Roßlauer Bürgerschaft sein.

Was sind nun die gravierenden Mängel?

Der § 1 formuliert den Willen beider Städte zu einer gemeinsamen aber kreisfreien Stadt per 01.01.2006. Dieser Termin verstößt wissentlich gegen die Rahmenvorgaben des Kommunalneugliederungsgesetzes. Mir ist auch kein Auftrag der Bürgerschaft bekannt, unbedingt auf diesen Termin hinzuarbeiten. Der Rat hat zwar einen Auftrag zur Fusion erhalten, aber nicht als Eilauftrag. Sollte dieser Wunsch glücklicherweise bestehen, so besteht er höchstens bei 51 % unserer Mitbürger und den Verwaltungsspitzen, bei letzteren aus verständlichem Grunde.

Zur Begründung werden Synergieeffekte angeführt, die nur bei einer schnellen Fusion wirken können. Eines steht aber fest, die bloße Zusammenlegung von zwei Verwaltungen ist noch kein Synergieeffekt. Der entsteht erst dann, wenn mit weniger Verwaltungspersonal gearbeitet wird als bisher und das ist bisher nicht erkennbar. Eine enge Zusammenarbeit der Verwaltungen ist aber auch ohne Fusion schon jetzt möglich. Doch zurück zum Termin. Wenn wir uns an die gesetzliche Vorgabe 01.07.2007 halten und daran orientieren, so haben wir noch alle Zeit der Welt offene Fragen in aller Gründlichkeit zu klären.

Anders verhält es sich mit der Kreisfreiheit. Hier haben die Beteiligten keinen Einfluss.

Denn die Entscheidung obliegt einzig und allein dem Gesetzgeber in Magdeburg. Und in diesem Zusammenhang muss auch einmal etwas abschweifend auf etwas eigenes hingewiesen werden. Mehrheitsbeschlüsse haben in einer Demokratie immer nur solange Bestand, wie sich Mehrheiten finden, die sie aufrecht erhalten und tragen. Sind diese Mehrheiten aber nicht mehr vorhanden, gibt es Veränderungen. Das ist auch gut so, denn sonst wäre schon alles im politischen und gesellschaftlichen Leben in Erstarrung verhaftet und eine Weiterentwicklung, in welche Richtung auch immer völlig ausgeschlossen.

Auf uns bezogen heißt das, wir können uns zwar die Kreisfreiheit wünschen, aber ob wir sie bekommen und wenn ja, für wie lange, das liegt nicht in unserer Hand. Da der Erhalt der Kreisfreiheit aber ein wesentliches Motiv für die Entscheidung vieler Bürger war, hätte zumindest ein anfängliches, zeitlich begrenztes Rücktrittsrecht im Vertrag in den § 26 gehört, was aber nicht geschehen ist.

Ein weiterer Kritikpunkt ist der im § 9 definierte Übergangstadtrat mit 78 Mandatsträgern, der ebenfalls keine gesetzliche Grundlage hat, sondern reines Wunschdenken ist und zudem ein Verstoß gegen § 36 Absatz 3 GO LSA darstellt. Hiermit soll einmal getestet werden, wie weit man den Bogen spannen kann. Das wird offen zugegeben und es wird auch schon mit einer Reklamation durch die Aufsichtsbehörde gerechnet. Auch deshalb möchte ich in diesem Zusammenhang noch auf den § 62 Absatz 3 verweisen, in dem steht: „Der Bürgermeister muss Beschlüssen des Gemeinderates widersprechen, wenn er der Auffassung ist, dass diese gesetzeswidrig sind.“

Da kann ich nur sagen, jeder blamiert sich so gut er kann, aber ich muss mich nicht daran beteiligen.

Was nun aber in dem vorgelegten Entwurf völlig fehlt ist ein Kindertagesstättenkonzept, das von ähnlicher Qualität wie der Schulentwicklungsplan sein muss. Hier hat man in der Kürze der Zeit nichts zu Wege gebracht und so steht im § 16: „Die Stadt Dessau-Roßlau wird für die Jahre 2007 bis 2012 ein gemeinsames Kindertagesstättenkonzept aufstellen, das Grundlage künftiger Entscheidungen ist.“

Meine Damen und Herren, so geht das nicht. Erst einem Vertrag zustimmen und dann über den Inhalt verhandeln kann unmöglich der richtige Weg sein, den wir in Interesse unserer Bürger zu gehen haben. Zu reklamieren bleibt auch, dass der hier vorliegende und zu beschließende Fusionsvertrag so in dieser Form der Bürgerschaft noch nicht bekannt gemacht wurde und dem zufolge eine entscheidungsführende Diskussion oder Anhörung auch noch nicht stattgefunden hat.

Ich fordere Sie, meine lieben Kollegen Stadträte auf, sich bei Ihrer Entscheidung nicht unter Druck setzen zu lassen und zu bedenken, dass Qualität allemal besser ist als Flickschusterei. Sie alle kennen doch auch die alte Volksweisheit: Wer eilt, der stolpert.

Frau Sauermilch, Roßlauer Frauenliste

Wir, die Roßlauer Frauenliste, stimmen dem Fusionsvertrag in der jetzigen Form zu und sehen ihn auch als Grundlage für die weitere Arbeit. Ich habe persönlich und auch im Namen der Fraktion oft genug die Gründe angeführt, die eine solche Fusion notwendig machen und daran hat sich bis heute nichts geändert. Wir müssen aber feststellen, dass von einigen Seiten ständig gegen die Fusion und das Ergebnis des Bürgerentscheides vorgegangen wird. Man will das Ergebnis rückgängig machen und deshalb ist es um so wichtiger, dass wir mit unserer heutigen Abstimmung zeigen, dass wir zu diesem Ergebnis stehen und keine Zeit verlieren dürfen, um die Fusion umzusetzen und ihre Vorteile zu entwickeln. Die Roßlauer Frauenliste stimmt diesem Vertragswerk zu.

Herr Tonndorf, Fraktion Neues Forum

Die Fraktion des Neuen Forum stimmt dem Vertrag über die Fusion der beiden Städte Dessau und Roßlau in der jetzig vorgelegten Form vorbehaltlos zu. Wir danken insbesondere in dieser Phase der fleißigen Arbeit, die die Hauptausschüsse beider Städte hier geleistet haben. Es war eine konstruktive Arbeit geprägt vom Willen der Zusammenarbeit. Und ich möchte auch an dieser Stelle noch einmal dem Bündnis „Sag Ja zur Elbestadt Dessau-Roßlau“ meinen herzlichsten Dank aussprechen. Was hier in diesem Bündnis geleistet wurde, oft auch in Auseinandersetzungen mit teilweise nur schwer nachvollziehbarer Argumentation der Fusionsgegner. Das ist aller Ehren wert. Ein Vertrag wird nur dann lebendig sein, wenn auch weiter mit ihm gearbeitet wird. Der Vertrag, den wir jetzt beschließen wollen und der in Dessau beschlossen wurde, stellt die Grundlage unserer Arbeit dar. Und wir werden in dieser Arbeit noch viele Dinge zu erledigen haben, wie beispielsweise auch, dass aus dem Kindertagesstättenkonzept wirklich ein Konzept wird und deshalb ist auch der Titel nicht Kindertagesstättenkonzept sondern das ist eine reine Aufzählung der vorhandenen Kindertagesstätten. Es wird also Arbeit sein, die wir mit dem Vertrag zu leisten haben.

Ich erinnere mich, dass vor diesem Haus gerade die eindeutigen Gegner der Fusion gefordert haben, das Votum der Roßlauer Bevölkerung für sich als bindend zu betrachten. Das fordere ich jetzt ein, auch von diesen Herren und Damen.

Ein Wort noch zur Kreisfreiheit. Wir sollten Entscheidungen treffen, die die politische Aktualität berücksichtigen und nicht auf später eventuell mögliche Veränderungen hinauszielen. Der Entwurf des Kommunalneugliederungsgesetzes sieht 3 kreisfreie Städte im Land Sachsen-Anhalt vor: Magdeburg, Halle und die fusionierte Stadt Dessau-Roßlau. Dem ist nichts hinzuzufügen.

Herr Vester, Fraktion PDS

Wir sollen heute bekanntermaßen über einen für alle Bürgerinnen und Bürger unserer Heimatstadt Roßlau zukunftsentscheidenden Beschluss zum Fusionsvertrag zur Doppelstadt Dessau-Roßlau abstimmen. Deshalb kurz ein PDS-Fraktionsblick in die jüngere Vergangenheit. Die CDU-geführte Landesregierung in Sachsen-Anhalt hat bei ihrem Amtsantritt wie immer alles versprochen und bis heute wenig realisiert, weil das „C“ im Parteinamen die kohlschen blühenden Landschaften ja der „Liebe Herrgott“ realisiert“ (bei schönem Wetter). Solche Eingebungen sollen ja auch in ähnlicher Art schon in diesem Hohen Hause vorgekommen sein. Aber etwas ganz wichtiges hat diese Regierung sofort getan, die schon vorbereitete durch die SPD geführte vorherige Regierung mit sehr viel Zustimmung aus den Kommunalparlamenten erarbeitete Gebiets- und Funktionalreform auf den Müll der Geschichte geworfen. Während dessen drängelten sich die Arbeitslosen und Arbeitssuchenden an der Bundesstraße 187 am Arbeitsamt und warteten auf die Arbeitsplätze, die da ja als erstes vorbei kommen sollten. Arbeit kam keine vorbei. Die einen in der Landesregierung in Sachsen-Anhalt sind gegangen, die Anderen sind gekommen. Die Arbeitsagentur ist jetzt sicherheitshalber in die große Kreisstadt Zerbst gefahren und aus Berlin kam als Ersatz „Harz 4“. Natürlich zum Vorteil der Bürgerinnen und Bürger von Roßlau und Umgebung und ganz wichtig die sozial im Abseits stehenden Menschen sind jetzt Kunden. Es wurde also alles besser.

Nach knapp 3 Jahren intensiver Arbeit der Regierung und seiner Abgeordneten, besonders der CDU und FDP brachte man nun ein Reförmchen in die Kommunen und Kreise. Die Funktionalreform hat man dabei vorsichtshalber vollkommen außen vor gelassen und mit voller Konzeptlosigkeit mit dem Kommando „AK voraus“ geht es in die Gebietsreform. Der Landkreis Anhalt-Zerbst wurde filetiert (vielleicht ist der Kreisfürst ja nicht in der CDU) und als man nicht mehr weiter wusste hatten die Bürgerinnen und Bürger von Dessau und Roßlau ganz plötzlich das Sagen. Sie durften entscheiden, sie haben entschieden und wir entscheiden heute über einen Fusionsvertrag, der, wie wir alle wissen, leider Formalien enthält, welche erst durch Gesetz legalisiert werden müssen.

Aber ich denke auch in Landesparlamenten ist es wie bei Gericht und auf hoher See, auch da ist man erst einmal mit Sicherheit mal wieder in Gottes Hand, sprichwörtlich gesehen.

Das Umland für unsere Doppelstadt Dessau-Roßlau mit Leuchtturmfunktion verabschiedet sich, die Fahrwassertonnen und Funkellichter wie Regionaler Entwicklungsraum und Planungsraum verschwindet im Europa der Regionen im dichten Nebel und der wird sich dann wie die berühmten kohlschen blühenden Landschaften einmal mehr auflösen. Mit der zur Zeit aktuellen Version oder Eingebung des Innenministers könnte die wirtschaftliche Entwicklung in voller Fahrt an Dessau über Wittenberg/Wolfen/Bitterfeld in Richtung Leipzig noch schneller vorantreiben. Aber auch falsche Taten müssen getan werden und danach für richtig erklärt werden. Danach weiß dann keiner mehr was, es hat auch keiner etwas getan, es gibt die Erinnerungslücken, das große Vergessen beginnt und die Bürgerinnen und Bürger dürfen mal wieder neu wählen. Nicht entscheiden, nicht bestimmen, aber wählen. Und danach tun die Gewählten wieder das, was sie den Bürgerinnen und Bürgern versprochen haben und regieren.

Nur uns holt die Realität ganz schnell wieder auf den sachlichen Boden der Kommunalpolitik zurück. Der Fusionsvertrag ist nach Auffassung der PDS-Fraktion das Beste, was bei den real existierenden Mehrheitsverhältnissen im Hauptausschuss und im Stadtrat auszuhandeln war.

Die Fraktion stimmt mit einer Enthaltung für diesen Fusionsvertrag, aber nur als Ganzes. Sollte dieser Vertrag von seinen neuen positiven plebiszitären, bürgernahen und mitbestimmenden demokratischen Elementen vom Gesetzgeber befreit werden, muss neu verhandelt werden. (Siehe Fusionsvertrag § 26)

Herr Pfennigsdorf, Fraktion SPD

Der vorliegende Fusionsvertrag wurde auf Basis einer völlig unzulänglichen und undemokratischen Anhörungs- und Wertungsphase im Eiltempo der Bürgerschaft als Grundlage eines Bürgerentscheides vorgestellt. Ohne jegliche Zustimmung durch den Stadtrat wurde dieser Vertrag, der einen wesentlichen rechtswidrigen Bestandteil hat durch unseren Bürgermeister, Herrn Koschig, im Internet eingestellt sowie im Amtsblatt veröffentlicht. Eine Zustimmung wurde lediglich im Nachgang durch den Stadtrat jeweils eingeholt. Eine für mich und sicherlich für andere hier sitzenden Mitglieder des Stadtrates undemokratische und bürgerfeindliche Handlungsweise. Am 16.12.2004 erklärte Herr Koschig noch im Stadtrat, aus Sicht des Verhandlungsfortschrittes gab es bisher keine Veranlassung, das Thema auf die Tagesordnung des Stadtrates zu setzen. Am 21.12.2004 wurde der Fusionsvertrag erstmals an alle Stadträte ausgereicht. Ich betone, am 21.12.2004. Es wurde zwar immer wieder von verschiedenen Mitgliedern des Hauptausschusses darauf hingewiesen, dass alle Stadträte an den Sitzungen des Hauptausschusses, der ja überwiegend mit diesen Verhandlungen beschäftigt war, teilnehmen konnten, aber ich möchte darauf hinweisen, das Hauptorgan der Gemeinde bei allen wichtigen Dingen für unsere Stadt Roßlau ist nach wie vor und wird auch bleiben, das ist der Stadtrat. Und deshalb möchte ich auch noch darauf hinweisen, dass ohnehin aus Platzgründen nicht alle Stadträte an den Hauptausschusssitzungen teilnehmen konnten, bloß einmal nebenbei bemerkt.

Am 20.01.2005 erfolgte schon die Beschlussfassung des erstmals, und ich lege die Bewertung auf erstmals, als Entwurf deklarierten Vertrages als Grundlage der weiteren Bürgerinformation.

Durch eine Mehrheit des Stadtrates, es gab keine einzige umfassende und geordnete Anhörung und punktuelle Wertung dieses wohl wichtigsten Themas, das jemals im Stadtrat zu beraten bzw. zu beschließen war. Das Ergebnis des Bürgerentscheides zeigt wohl eindeutig auf, dass auf Grund der Missachtung des Stadtrates als Hauptorgan der Stadt Roßlau sowie des völlig überzogenen Eiltempo keine sachlich und korrekte Entscheidungsbasis für die Bürgerschaft bei dem Bürgerentscheid gegeben war. Eine Hauptverantwortung für diese Spaltung der Roßlauer Bürgerschaft und der noch bestehenden Rechtswidrigkeit dieses Fusionsvertrages trägt unser Bürgermeister, Herr Koschig. Wenn Herr Koschig in der Presse und zwar aktuell in der Super Sonntag vom 12. Juni 2005 erklärt: „Unsere Bürgerschaft drängt auf Vollzug der Fusion. Wir, und ich lege den Wert auf das Wort „wir“ haben sie auf Wunsch der Landesregierung zu einer schnellen Entscheidung gedrängt“. Dann erhebt sich doch die Frage, wer ist „wir“ und wie kann man eine Bürgerschaft zu einer schnellen Entscheidung drängen. Man erwartet von uns, dass jetzt auch umgesetzt wird. Ist Herr Koschig ein Bürgermeister von 51,7 % der Bürgerschaft? Wer gehört zu dem Personenkreis mit dem Sammelbegriff „wir“ umfasst? Diese vorgenannten Fakten sollten von jedem Stadtrat, der sein Ehrenamt nach dem Gesetz und nach freier, dem Gemeinwohl verpflichteten Überzeugung ausübt, vor einer Zustimmung des Fusionsvertrages kritisch hinterfragt werden.

Ich möchte nur noch bemerken, dass diese inhaltlichen Aussagen in der Fraktion der SPD abgestimmt worden sind.

Herr Seibt, Fraktion FDP/Offensive D/BL

Die Bürgerliste ist 2004 angetreten, um Ansprechpartner der Roßlauer Bürger zu sein und sie zu berücksichtigen. Mit dem Bürgerentscheid hat der Bürger sich für die Fusion zwischen Dessau und Roßlau entschieden. Dem trägt die Bürgerliste Rechnung. Was wir aber nicht mittragen ist, mit welchem Tempo dies sich vollzieht. Gerade diese Hektik führt zu Fehlern. Es kommt einem vor, dass mit diesem schnellen Fusionsvertrag die Landesregierung unter Druck gesetzt werden soll, um so zum 01.01.2006 zusammengehen zu können. Es gibt 3 Punkte, warum wir diesem Fusionsvertrag nicht zustimmen.

1. Es liegt noch kein Konzept für Kindertagesstätten vor
2. Die Bürgerliste würde gern in den Fusionsvertrag mit einbringen, dass die Dessauer und Roßlauer Stadtwerke in den nächsten 12 Jahren oder Teile nicht veräußert werden können.
3. Bis jetzt ist mir nicht bekannt, wie lange wir Roßlauer und Dessauer Stadträte bleiben. Uns wurde ja immer gesagt, dass dies schon geregelt wird. Da die Landesregierung die Frage bis jetzt noch nicht geklärt und eine Antwort ausblieb, zumal der vorliegende Fusionsvertrag nicht gesetzeskonform ist. Kann man dies auch als eine Nichtzustimmung der Landesregierung bewerten? Darum die Frage, und Herr Otto ist nicht da, wieso er dies als eine Zustimmung sieht und das ist ja so gewesen, dass er gesagt hat, er sieht dies als Zustimmung.

Sie sehen also, dass hier noch Klärungsbedarf besteht. Es kann ja auch nicht sein, dass man nicht bis 2007 abwarten kann und mit den Landtagswahlen am 26. März 2006 die Neuwahlen für den Stadtrat, dann nur in Dessau-Roßlau stattfinden lässt.

Herr Mau, Fraktion CDU

Ich möchte nur mal ein paar kurze Ausführungen, kurze Zitate zu meinen drei Vordnern machen. Wir haben hier eine dicke Akte, da sind die ganzen Protokolle der Hauptausschusssitzungen zwischen Dessau und Roßlau. Da möchte ich einfach einmal ein paar Widersprüche klären.

Einmal die Sache von Herrn Gerdung. Herr Gerdung sagt ganz eindeutig, hier sind Fehler im Fusionsvertrag, die müssten abgearbeitet werden.

Sine Aussage vom 07.04.05 ist protokolliert im gemeinsamen Hauptausschuss, lehnt Fusion ab. Hat nichts mit dem Vertrag zutun, der ordentlich ist und in Ratsgremien behandelt werden kann. Einfach ma, Herr Gerdung, lesen Sie Ihre Protokolle und dann können Sie richtig reden.

Das andere ist Herr Seibt, Herr Pfennigsdorf, am 24.11.2004 wurde der Fusionsvertragsentwurf den Hauptausschüssen zugeleitet und am 10.12.2004 saßen die Hauptausschüsse in Dessau-Roßlau wieder zusammen.

Aussage von Herrn Dreibrodt vom 02.12.2004 – Vertrag ist nur Gerippe, muss noch bearbeitet werden. Der Beschluss „Der Entwurf des Fusionsvertrages wird in der heute vorhandenen Form als verbindliche Arbeitsgrundlage für die weiteren Verhandlungen beschlossen und für die Öffentlichkeit zur Diskussion freigegeben“. Einstimmig beschlossen. 8:0:0 – da war Herr Dreibrodt im Hauptausschuss dabei. Also kann hier nicht davon die Rede sein, dass die Vertragsentwürfe nicht bearbeitet worden sind. Dann liegt das an der Fraktionsarbeit.

Herr Pfennigsdorf, Fraktion SPD

Herr Mau, ich nehme doch an, wenn es um so ein wichtiges Dokument geht, wie diesen Fusionsvertrag und ich glaube, das ist das wichtigste Dokument, was jemals in

diesem Stadtrat angehört werden musste und beraten werden sollte, dann ist es doch wohl das mindeste, dass jeder Stadtrat in Besitz dieses umfangreichen Vertrages ist, um sich mit diesem Vertrag intensiv auseinander zu setzen. Es kann doch wohl nicht sein, oder will man hier Papier sparen, dass man dem Fraktionsvorsitzenden bzw. den Mitgliedern des Hauptausschusses dieses wichtige Dokument übergibt und dann sagt, die sollen es sich untereinander austauschen. Das kann so nicht sein. Wir bekommen jede Belanglosigkeit in kompakter Form überreicht und bei diesem Fusionsvertrag will man sagen, es reicht, wenn er am 21.12. verteilt wird, Ihr hättet Euch aber vorher schon informieren können. Da bin ich ein bisschen anderer Meinung.

Herr Bader, Fraktion FDP/Offensive D/BL

Es hat ja niemand die Absicht, eine Mauer zu errichten, aber mir scheint jetzt wirklich, als würde der Oberbürgermeister von Dessau mit Herrn Koschig im Schleppe, dem Stadtrat von Dessau und der CDU und Neues Forum-Fraktion jetzt eine neue Mauer bauen, nämlich die Mauer der Kreisfreiheit. Sie isolieren damit Dessau samt Roßlau, zerstören die Basis, ihre Region Anhalt und Roßlau ist dabei das erste Opfer. Ich war letzten Sonntag in Wittenberg zum Stadtfest. Ganz Wittenberg lebt aus der Aktivität seiner Bürger und vor allen Dingen auch des Umlandes. Wir wollen eine Grenze ziehen, eine neue Mauer bauen und das halte ich natürlich für vollkommen verkehrt. Die meisten hier haben selbst einmal in Mauern gelebt und wissen, wie es einem da ergeht. Damals war noch der Unterschied, das Umland war reich, diesmal ist es so, das Umland wird verarmen und Dessau darin eingeschlossen. Stellen Sie sich vor, wir haben hier vorne gleich die Grenze zum Jerichoer Land, im Süden fusionieren Wolfen und Bitterfeld, die mit einer ganz anderen Wirtschaftskraft dastehen. Wo soll Dessau seine Kraft herholen? Zumal die Schaffung von Arbeitsplätzen ist ja vielleicht als sozialer Fortschritt gemeint, wie es in der Präambel steht, für Herrn Brumme ja nur eine Phrase ist. Ich sehe also nicht, wie wir einen positiven Aspekt aus der Fusion sehen können und vermisse ihn vor allem im Fusionsvertrag. Wir akzeptieren ja das Ergebnis des Bürgerentscheids aber wir hätten erwartet, dass der Fusionsvertrag einmal ein paar Kennwerte liefert, inwieweit sich die Lebensbedingungen der Bürger durch die Fusion verbessern sollen. Wir haben am 20. März den Bürgerentscheid gehabt. Das sind keine 3 Monate um sich ernsthaft mit dem Vertrag auseinander zu setzen. Man muss verstehen, es sind nicht alle hauptberuflich mit dem Vertrag befasst. Sie leben von den Werten, die die meisten von uns in der Arbeitszeit schaffen. Deswegen sind 3 Monate für die Stadträte, die im Berufsleben stehen zu kurz. Zumal wenn man auch noch vergleicht, wenn man in der Präambel liest, dass hier auf Jahrhunderte oder gar Jahrtausende Entwicklung der Stadtrechte Bezug genommen wird. Erst dann fällt einem das besonders kurios auf, dass in solch einem Galopp der Vertrag durchgepeitscht wird. Eines ist aber auch schon klar, der Vertrag ist in Teilen ungesetzlich. Wir hatten im letzten Stadtrat an dieser Stelle die Bemerkung, wer Müll am Straßenrand ablädt, sei ein Dreckschwein. Das Recht ist ja nun kein Müll, das Recht ist ein höheres Gut. Trotzdem fällt einem doch die Frage ein, wie man die Autoren nennen soll, die solch einen Vertrag vorlegen, von dem sie wissen, dass er ungesetzlich ist. Der Vertrag belastet offensichtlich die Bürger mit hohen Kosten. Wir hatten im Stadtrat hier beschlossen, dass die Ermittlung der Kosten dieses ganzen Fusionsweges mit aufgeschrieben werden. Wir haben da bis heute keine Antwort, was allein der Prozess der Fusion kostet. Wir wissen aber, das klang schon bei der ersten Sitzung der Hauptausschüsse an, dass die Synergieeffekte nicht eintreten. Wir haben sogar festgestellt in der letzten Version des Vertrages

sind noch besondere Schutzklauseln für die Mitarbeiter der Stadtverwaltung eingearbeitet worden. Da kann für die Bürger keine Entlastung entstehen. Wir hatten auch einen Stadtratsbeschluss, wonach durchgerechnet wird, was denn Roßlau als eigenständige Stadt in einem Kreis Anhalt für Vor- oder Nachteile hätte und wie sich da die Kosten entwickeln würden. Da hatten wir hier direkt beschlossen, wir wollten Dessau als Kreisstadt, Köthen und Anhalt-Zerbst als Alternative zu der Städtefusion in einer kreisfreien Stadt berechnen. Als Antwort habe ich dann bekommen, das ginge nicht, das könne man nicht berechnen, weil die Zahlen von Bernburg nicht vorliegen. Ich würde sagen die Kostenermittlungen, einmal des Fusionsweges und alternativer Gebietsstrukturen sind eine klar Missachtung des Stadtrates.

Ich vermisse also hauptsächlich in dem Vertrag irgendwelche Anreize, dass von der Fusion ein Impuls ausgeht und eine neue Dynamik in der Bevölkerung entwickelt. Das können nicht nur materielle Werte sein. Das weiß jeder. China mit Wachstumsraten von 10 % oder Südkorea oder andere Bereiche, die haben außer den materiellen Zielen immer noch gemeinsame Ziele, gesellschaftliche Ziele. So etwas wäre praktisch die Identität der anhaltischen Bevölkerung gewesen. Das wird nun kaputt gemacht. Die hauchdünne Zustimmung der Bürger Roßlaus ist aus meiner Sicht, und da muss endlich einmal Herr Tonndorf widersprechen, nur durch diese beispiellose Desinformationskampagne und den Missbrauch der Medienmacht zustande gekommen. Ich möchte nur einmal etwas dagegen setzen, dass jetzt die, die gegen die Fusion waren, immer als Lügner dargestellt wurden und die, die für die Fusion waren die Wahrheit serviert bekommen haben. Die ganzen Belege für die Desinformation seitens der CDU können sie nachlesen, die könnte ich auch noch ausreichen. In Summa fügt jedenfalls die Fusion dem Gemeinwohl materiellen Schaden zu und höhlt die demokratischen Strukturen aus. Die FDP fordert deshalb die Ablehnung des Vertrages durch den Stadtrat mit dem Ziel einen sauberen Text zu formulieren, der klare Ziele setzt zum Wohle der Bürger Roßlaus, zum Wohle Anhalts und zum Wohle Dessaus. Die Termine der Gebietsveränderungen sollten synchronisiert werden auf das Jahr 2007. Denken Sie an das Motto des Kirchentages: „Wenn dein Kind dich morgen fragt, dann sollen Sie sich nicht moralisch schuldig gemacht haben gegenüber Anhalt, Roßlauer und Dessauer Bürger.“

Herr Tonndorf, Fraktion Neues Forum

Ich nehme mein Recht wahr, ein zweites Mal zu sprechen. Ich muss Herrn Bader vorwerfen, dass er entgegen der Weisheit von Wirtschaftswissenschaftlern eine Umkehrung der wirtschaftlichen Entwicklung macht. Nicht die Region schafft ein starkes Zentrum, sondern Wirtschaftswissenschaftler aus aller Welt weisen nach und belegen, dass ein starkes Zentrum auf die Region ausstrahlt. Das ist auch bei uns so. Den Beweis hat nicht nur die Region Bietigheim-Bissingen angetreten, die vor 30 Jahren fusionierten, zwar unter anderen wirtschaftlichen Bedingungen als wir sie heute vorfinden, aber vielleicht hätten doch diese oder jene Gegner der Fusion sich das dort einmal ansehen können. Wir haben im Bus festgestellt, dass niemand von den Gegnern Interesse hatte, sich das ansehen zu wollen.

Zu Anhalt – die Fraktion des Neuen Forum tritt und trat unverändert auch für eine starke Region Anhalt ein. Wir haben von Anfang an dafür plädiert, dass der Landkreis Anhalt-Zerbst nicht geteilt wird, sondern als Ganzes in ein neues Kreisgebilde eingeht. Von der ersten bis zur letzten Stellungnahme. Auch die Stadt Dessau-Roßlau wird in einer weiteren, einer späteren Gebietsreform für das Umland, für das Anhaltische Umland zur Verfügung stehen, auch als Kreissitz, nicht als Kreisstadt. Wir werden als kreisfreie Stadt die Möglichkeit in Angriff nehmen können, es so zu

tun, wie Halle das seit Jahren durchführt oder auch wie es in der Region Hannover getan wird. Es gibt einen Kreis Hannover Land, der aus der kreisfreien Stadt Hannover regiert wird. Und warum sollte das bei Dessau-Roßlau anders sein.

Herr Vester, Fraktion PDS

Die Idee, die Stadtwerke mindestens 12 Jahre nicht zu verkaufen ist ja gut. Finde ich toll, hätte von uns sein müssen. Aber die Bürgerinnen und Bürger von Dessau haben mehrheitlich unter der Organisation und Leitung der PDS-Fraktion im Stadtrat sich dagegen gewehrt, dass die Wirtschaftspartei, die CDU die Stadtwerke, das Tafelsilber der Stadt Dessau, verkauft. Das nur zur Information und Richtigstellung.

Herr Koschig, Bürgermeister

Ich möchte auf einige Ausführungen meiner Vorredner doch eingehen. Zumal ich in einigen Dingen persönlich zitiert wurde. So wird immer wieder von Stadträten hingewiesen, dass hier keine Eile geboten ist. Ich denke, wir haben uns auch hier unter keine Eile gestellt, denn aus dem Fusionsvertrag geht eindeutig hervor, dass wir unseren Erstreckungszeitraum mindestens bis 2010 auch ausnutzen wollen und in dieser Zeit die Fusion der Städte Dessau und Roßlau vollenden wollen. Aber in einer Art gibt es schon Eile und da stehe ich auch zu meinen Aussagen in der Pressekonferenz, wo der Super Sonntag mich zitiert hat. Wir haben auf Bitten der Landesregierung unsere Bürgerschaft zu einer Entscheidung gedrängt. Das war eine sehr schwere Entscheidung, die wir unseren Bürgern abgenötigt haben. Wir alle erinnern uns noch und die Namen hört man noch heute aus dieser Diskussion wieder sehr deutlich heraus. Aber jetzt wollen die Bürger, wie man so schön in Roßlau sagt „Butter bei de Fische“. Und sie erwarten jetzt von uns den zügigen Vollzug dieser Fusion. Und deswegen denke ich, ist es auch richtig, dass wir uns für den 01.01.2006 verwenden. Und ich glaube, es ist auch deswegen richtig, dass Herr Otto und ich heute in der Anhörung im Innenausschuss noch einmal ganz eindeutig auf den 01.01.2006 reflektiert haben. Das, was ich aus den Gesprächen mit den Mitgliedern des Landtages Sachsen-Anhalt direkt gehört habe, aber was ich auch aus den Diskussionen herausgehört habe, ist, dass dieser Termin doch recht gute parlamentarische Chancen hat. Dass also unsere Anregungen in unseren Stellungnahmen schon in den politischen Diskussionen des Landtages sind, weil auch hier die Diskussion stattfindet. Wir können eine solche Fusion nicht einfach 27 Monate aussitzen. Das ist den Bürgern nicht begrifflich zu machen und das würde politischen Schaden in unserem Lande anrichten. Und das wissen sowohl die Abgeordneten der CDU wie auch der SPD, mit dessen Fraktionschefs wir gesprochen haben, von der FDP Herr Wolpert und ich denke auch die Genossen der PDS sind der selben Meinung, dass wir das nicht ohne schuldhaftes Zögern in die Länge ziehen sollten.

Es ist angesprochen worden, nur 51 % wollen die Fusion. Erst einmal wissen wir nicht, was die Bürger wollten, die nicht zur Wahl gegangen sind. Aber es waren immerhin fast 67 % unserer Bürgerinnen und Bürger, die ihre Stimme abgegeben haben. Aber was ich in diesen Tagen und Wochen nach dem Bürgerentscheid spüre ist, dass es einen weiteren Stimmungswandel in der Stadt gibt, Richtung Fusion. Von einer 80 %-igen Ablehnung im Jahre 2001 zu einer fast 52 %-igen Zustimmung im Frühjahr 2005 ist ein sehr weiter Weg und ich spüre auch, dass jetzt Bürger, die sich noch nicht für ein Ja entscheiden konnten, sich jetzt mit diesem Gedanken anfreunden, weil es nun einmal auch eine Mehrheitsentscheidung gab, die es jetzt auch umzusetzen gilt. Ganz besonders deutlich habe ich es gespürt neulich bei der Goldenen Konfirmation in der evangelischen Kirche, wo ich immer eingeladen werde ein klei-

nes Grußwort zu halten und über die jüngsten Entwicklungen in der alten Vaterstadt Roßlau zu berichten. Und da war natürlich das Thema Bürgerentscheid am 20. März 2005 ein wichtiger Punkt. An so einem Thema kann ich bei einer solchen Ansprache überhaupt nicht vorbei gehen. Und hinterher hörte ich von Roßlauern, die hier leben aber leider keine Mitteldeutsche Zeitung mehr lesen, dass sie so etwas alles gar nicht gewusst haben, was mit diesem Bürgerentscheid und dieser Fusion alles zusammenhängt. Und welche Folgen das für unsere Stadt hat. Ich wurde dann noch (in kleiner Runde) zu einzelnen Details befragt. Es war erstaunlich, wie auch da eine zunehmende Zustimmung zu dem Projekt, so darf ich es einmal nennen, Dessau und Roßlau, zum Ausdruck kam. Wir reden schon lange nicht mehr über nur 51,7 %.

Was die Kreisfreiheit Dessau-Roßlau betrifft, wir schreiben sie in dieses Dokument hinein, weil es unser gemeinsamer politischer Wille ist, der Dessauer und der Roßlauer. Schon der Gesetzentwurf schreibt dieses vor, es ist ja von meinen Vorrednern schon erwähnt worden. Und ich konnte auch heute wieder in der Anhörung im Innenausschuss nicht erkennen, dass diese Kreisfreiheit für die neue Doppelstadt Dessau-Roßlau grundsätzlich in Frage gestellt wird. Insofern bewegen wir uns hier schon auf einem gesetzlichen Wege, auch wenn wir aktuell mit dem heutigen Beschluss sicherlich nicht konform mit der Gemeindeordnung gehen. Und wir wissen sehr wohl und das ist ja auch schon angesprochen worden, dass sich die Kommunalaufsicht da natürlich äußern wird, wenn wir den Fusionsvertrag zur Genehmigung einreichen werden.

Übergangsstadtrat – ein sehr kniffliges Problem, auch verfassungsrechtlich ist es nicht ganz unproblematisch, den Wunsch beider Stadträte zu erfüllen ist zum Ablauf der Wahlperiode 2009 den Übergangsstadtrat zu bilden. Wir haben den Vorschlag gemacht an den Gesetzgeber, einen zusätzlichen Paragraphen in das Kommunalneugliederungsgesetz einzufügen. Ich habe die Stellungnahme, die ich Ihnen schriftlich ausgereicht habe, nicht vorgetragen, da sie in vielen Dingen mit denen von Oberbürgermeister Otto übereinstimmt bzw. von Frau Berlin aus Coswig. Gerade hier zu diesem Thema habe ich explizit noch einige Ausführungen gemacht und ich hatte den Eindruck, dass die Mitglieder des Innenausschusses sehr aufmerksam zugehört haben. Das ist kein einzelnes Problem der Stadt Dessau-Roßlau, sondern ein landesweites Problem ist. In anderen Teilen unseres Landes ist nämlich von Kreistagen genau der selbe Wunsch auch schon ausgesprochen worden. „Wir sind ja gar nicht gegen diese kommunale Neugliederung und wir können mit dem 01.07.2007 auch gut leben, aber wir sind gewählt bis 2009. Es muss doch möglich sein, wie bei Halle und Halle-Neustadt, dass bis zum Ende der Wahlperiode beide Kreistage den Übergangskreistag bilden.“ Und der Gesetzgeber hat natürlich auch immer nur das Gemeinwohl zu berücksichtigen und das habe ich dann in die Diskussion, zumindest als Anregung noch mit eingebracht. Momentan finden die meisten Kommunalwahlen, mit Ausnahme eigentlich der Landratswahlen und der Bürgermeisterwahlen in unserem Lande alle an einem Tag statt. Die Kreistage und die Stadträte werden an einem Tag gewählt. Wenn es bei den jetzigen Entwurf des Kommunalneugliederungsgesetzes bleibt, wird an irgend einem Tag nach dem 01.01.2006 in Dessau-Roßlau gewählt. Der früheste Zeitraum ist heute genannt worden. Es würde sich anbieten, die Landtagswahlen im März 2006 zu nutzen. Ein sehr praktikabler Termin wären die Wahlen zum Oberbürgermeister der Stadt Dessau-Roßlau – August/September bei einem Fusionstermin 01.01.2006. Es wäre auch ein denkbarer Termin, auch da ließe sich sicherlich verfassungsrechtlich etwas strecken, der 01.07.2007, wenn nämlich alle Kreistage neu gewählt werden müssen, die aus Fusionen von Landkreisen entstehen. Aber was machen wir mit den beiden kreisfreien Städten Halle und Magdeburg,

deren Wahlperiode bis 2009 unbestritten ist? Was machen wir mit den Landkreisen, die ebenfalls nicht fusionieren? Stendal, Altmarkkreis Salzwedel und möglicherweise das Jerichower Land. Wenn es uns gelingt, und das ist heute sehr deutlich geworden, dass das Zerbster Land nicht abgegeben werden darf an das Jerichower Land. Aber es gibt ja Kreise, die nicht fusionieren werden und auch deren Wahlperiode geht bis 2009. Und damit haben wir die verschiedensten Kommunalwahltermine und wir könnten hier mit einem Passus im Kommunalneugliederungsgesetz festhalten, dass die Wahlperioden der bestehenden Kommunalorgane, also der Stadträte und der Kreistage bis zum Ende der Wahlperiode 2009 die Übergangsparlamente bilden und hier wieder eine Synchronisation herbeiführen. Es ist nicht ganz einfach, bedarf doch einigen juristischen Rates, aber wir sollten nicht schon vorher die Flinte ins Korn werfen. Sondern ich denke, hier sind wir mit dem Innenausschuss in ein gutes Gespräch gekommen. Dieses Gefühl hatte ich heute morgen jedenfalls bei diesem Punkt meiner Ausführungen.

Kindertagesstättenkonzept – Es ehrt diese Stadt – wir nennen uns ja auch gern kinderfreundliche Stadt – dass dieser Fusionsvertrag ganz wesentlich von der Qualität des Kindertagesstättenkonzeptes abhängt. Hier hat die Dessauer Seite auch auf Drängen der Roßlauer Kollegen und vor allem auch des Abg. Gerdung schon eine Nachbesserung gemacht. Hier haben wir einen klaren Arbeitsauftrag, ein gemeinsames Kindertagesstättenkonzept so zügig wie möglich zu erstellen. Daran wird auch gearbeitet. Aber ich gebe zu denken, 1. ist ein Kindertagesstättenkonzept für einen Fusionsvertrag nicht erforderlich. Das wird uns sicherlich die Kommunalaufsicht sogar reinschreiben. Was soll das? Und 2. denke ich doch, und das war meiner Meinung nach ein einstimmiger Beschluss im Stadtrat, haben wir ein fantastisches Kindertagesstättenkonzept. Es ist doch nur auf Dessauer Seite, wo momentan kein Konzept in der Qualität der Roßlauer vorhanden ist. Das heißt, wir können doch in diesen Fusionsvertrag einsteigen mit ruhigem Herzen, denn dieses Dokument wird ein Dokument für die Stadt Dessau-Roßlau, nur dass es eben von der hohen Qualität momentan nur für den Stadtteil Roßlau gilt. In sofern halte ich das überhaupt nicht für einen Hinderungsgrund.

Hier wurde angesprochen, dass die Unterlagen viel zu spät gekommen sind, man sich damit überhaupt nicht beschäftigen konnte. 3 Monate sind zu wenig. Wir haben den 1. Entwurf an alle, weil auch da der Wunsch kam, (Sie hätten auch schon viel früher sagen können, können wir nicht auch einen Entwurf bekommen), am 21.12.2004 allen ausgereicht. Das sind bis heute 177 Tage, in der nächsten Woche ist es ein komplettes halbes Jahr. Ich weiß nicht, welche Dokumente wir schon so lange in der politischen Diskussion, wie diesen Fusionsvertrag, der in seinen Grundelementen, in seinem wesentlichsten Tenor vom ersten Tag an bis heute geblieben ist. An dem Grundtenor dieses Vertrages ist nichts geändert worden, sondern wir haben sehr, sehr viel daran gefeilt, sehr viel Veränderungen vorgenommen. Hier darf ich mich an den Dank von Herrn Tonndorf anschließen, eine großartige Arbeit der Hauptausschüsse ist hier geleistet worden. Ich denke, dieses Dokument ist beschlussfähig.

Ich möchte Herrn Bader auf eine „Mauer der Kreisfreiheit“ hinweisen. Die Stadt Dessau hat nur noch rudimentäre Stadtmauern, die allerdings deutlich innerhalb der „kreisfreien Mauern“ sind. Manchmal habe ich den Eindruck, dass die noch komplett erhaltene Zerbster Stadtmauer problematisch ist. Aber ich möchte alle Stadträte einladen zum Leopoldsfest am 01. bis 03. Juli zu kommen. Es ist die zweite Auflage, damit Sie sich ein Bild machen können, dass es um eine kreisfreie Stadt keine Mauern gibt. Und falls das nicht reichen sollte, erinnern Sie sich an den fantastischen

Karnevalszug am Sonntag vor Rosenmontag in Dessau mit einer wahnsinnigen Beteiligung des Umlandes. Da sind nicht nur die Jecken aus dem Umland gekommen, sondern die Bürgerinnen und Bürger aus allen Nachbarkreisen und in ganz besonders intensiven Maße aus unserer Stadt.

Ich möchte, wie Herr Gerdung, mit einer Volksweisheit schließen: „Wer rastet der rostet“

Herr Dreibrod, Fraktion SPD

Bevor ich vorbereitetes Papier zum Vortrag bringe, muss ich ad hoc, damit ich es nicht vergesse, auf Bemerkungen von Vorrednern eingehen.

Zum einen muss ich sagen, bin ich sicher nicht der einzige, der sich extrem wundert, dass ausgerechnet heute, wo es um die Eigenständigkeit der Stadt Roßlau geht, sich der Herr Tonndorf zweimal zu Wort gemeldet hatte. Zweitens hat der Bürgermeister von einer Goldenen Konfirmation gesprochen. Mir ist durch Zufall bekannt, dass ein Goldener Konfirmand aus Coswig anwesend war, Herr Koschig über 35 Minuten über die Fusion referiert hat, die Leute sich gelangweilt haben, unruhig wurden und ein Beschwerdebrief geplant ist, dieses Goldenen Konfirmanden aus Coswig, an den Pfarrer, Herrn Tobies in Roßlau. Ob er schon da ist weiß ich nicht.

Zum anderen, die Lobhudelei der guten Hauptausschuss-Arbeit muss man entschieden widersprechen. Was Herr Pfennigsdorf angesprochen hat ist in Grundsätzen richtig und besonders die Hauptausschüsse, beide Hauptausschüsse, aber auch der Hauptausschuss im Roßlauer Stadtrat haben fast ausschließlich mit Tischvorlagen gearbeitet unter mächtigem Zeitdruck. Also es war keine gute Arbeit, das ist alles durchgepeitscht worden. Das muss man hier nur einfach einmal richtig stellen.

Aber jetzt zum Text. Am heutigen Tag fällt der Stadtrat der Stadt Roßlau eine äußerst bedeutsame Entscheidung. Es wird über einen Antrag abgestimmt, der in seiner Bedeutung eine wahrhaft historische Dimension für unsere Heimatstadt und darüber hinaus für die ganz Region hat. Aus diesem Grunde ist es verwunderlich, dass der Herr Bürgermeister Koschig nicht von seinem Recht gebrauch gemacht hat, wegen der Bedeutung des heutigen Tages die Beflaggung des Roßlauer Rathauses anzuordnen, Beflaggung des Rathauses oder besser noch der ganzen Stadt, wäre unstrittig für den heutigen Tag angemessen gewesen, und zwar auf Halbmast. Die durch die festgefühten Mehrheitsverhältnisse im Roßlauer Stadtrat sichere Annahme des Fusionsvertrages zwischen der Stadt Dessau und der Stadt Roßlau wäre der Grund für das Setzen der Roßlauer Stadtfahnen auf Halbmast. Was ist dieser so genannte Fusionsvertrag, was bedeutet die Annahme für Roßlau? Die Antwort auf diese Frage kann bei kritischer Bewertung des Sachverhaltes nur lauten: Der Fusionsvertrag ist nichts weiter als ein geschönter Vertrag zur Eingemeindung der Stadt Roßlau nach Dessau. Daran hat sich von seinem ersten Entwurf vor Monaten mit den inhaltlich eher unbedeutende Änderungen bisher nichts geändert. Bürgermeister Koschig, als der Organisator der Fusion auf Roßlauer Seite wusste von Anfang an, dass der schwierigste Teil eines Fusionsprojektes sein wird die Herabstufung Roßlaus zur Ortschaft zu verschleiern und den Fusionsvertrag ausreichend schmackhaft zu machen. Nebenbei möchte ich einmal darauf hinweisen, dass soeben ganz wichtige Stadträte, die sich um die Fusion bemüht haben, so genannte Fusionisten, demonstrativ den Ratssaal verlassen haben. Das zeigt das demokratische Verständnis der Leute, denn die anderen Stadträte haben sich bewusst und geduldig die Meinungen der Gegenseite jederzeit angehört. Das nur nebenbei.

Dafür hat man sich einiges einfallen lassen. Einleitend wurde dem Vertrag eine Präambel vorangestellt, welche bei Gebietsänderungsverträgen zur Eingemeindung e-

her unüblich sind. Hier wird schwülstig mit Allgemeinplätzen um sich geworfen, und die Bildung einer Doppelstadt versprochen, was schon bei umblättern auf Seite 2 als glatte Lüge entlarvt wird. Schon auf Seite 2 wird unter § 4 Ortschaftsverfassungen festgeschrieben, dass die Stadt Roßlau das über 400-jährige Stadtrecht aufgibt und auf das kommunalrechtliche Maß einer Ortschaft herabsinkt und dann nur noch gleichberechtigt neben anderen Ortschaften, wie zum Beispiel Brambach, Kleinkühnau, Sollnitz, Kleutsch, Quellendorf und Rodleben steht. Damit gibt Roßlau seine Eigenständigkeit und Souveränität, eigenes Planungsrecht und Selbstbestimmung nebst dem über 400-jährigen Stadtrecht auf. Und das ohne Not und Freiwillig. Wenn Roßlau nur noch über einen Ortschaftsrat verfügt, dürfen nur noch Wünsche formuliert werden, jedoch nicht Wesentliches mehr selbst beschlossen. Kein Beschluss zu eigenen Steuern, zu Abgaben und Gebühren, keine eigene Haushaltsplanung und auch keine Investitionsplanung, nur noch Wünsche und Hoffen, nichts mehr wird selbst bestimmt.

Oder bildet sich jemand von den hier Anwesenden ein, dass der politische Einfluss von nach jetzigen Bevölkerungsschlüsseln nur noch 8 Roßlauer Stadträten im gemeinsamen 50-köpfigen Roßlau-Dessauer Stadtrat ausreicht, um Roßlauer Interessen künftig ausreichend durchzusetzen?

Oberbürgermeister Otto hat auf seiner Roßlauer Fusionswerberundreise im Frühjahr diesen Jahres...

Die Vorsitzende des Stadtrates, Frau Müller, erinnert Herrn Dreibrodts an die Einhaltung der Redezeit.

Herr Dreibrodts entgegnet, dass er seit Zeit kennt, die ist noch lange nicht ab und bittet Frau Müller, ihn nicht zu unterbrechen

(Lt. Aufzeichnungsgerät spricht Herr Dreibrodts bereits 8 Minuten)

Herr Dreibrodts setzt seine Ausführungen fort.

Oberbürgermeister Otto hat auf seiner Roßlauer Fusionswerberundreise im Frühjahr diesen Jahres im Alten- und Pflegeheim Lukoer Straße ungewollt Einblick in die Dessauer Stadtratsarbeit gewährt. Versehentlich sprach er von einem Hauen und Stechen, wie es im jetzigen Dessauer Stadtrat zwischen den in ihrer Ortschaft vertretenen Stadträten üblich ist. Dieses Los erwartet die dann nicht einmal an zwei Händen abzählenden Stadträte aus einer künftigen Ortschaft Roßlau. Dieses Los erwartet aber damit auch unsere Stadt Roßlau selbst. Dieser § 4 Ortschaftsverfassung ist der Dreh- und Angelpunkt des Vertrages. An dieser Stelle sind die Tatsachen ganz brutal in wenige Worte gemeißelt. Die Stadt Roßlau hört auf, eine souveräne, eigenständige Stadt zu sein. Die Stadt Roßlau ist in Zukunft nur noch eine Ortschaft unter vielen von der künftigen Stadt Dessau-Roßlau.

Um von dieser unangenehmen Wahrheit abzulenken hat man natürlich etwas dagegen gesetzt, was den Vertrag vom gewöhnlichen Eingemeindungsvertrag unterscheiden könnte. Und da gibt es tatsächlich zwei augenscheinliche Abweichungen. Zum einen lässt Dessau das Anhängsel Roßlau im neuen Stadtnamen Dessau-Roßlau tatsächlich zu und zum anderen lässt sich Dessau darauf ein, das Stadtwappen von Roßlau

Die Vorsitzende des Stadtrates, Frau Müller, weist Herrn Dreibrodth noch einmal darauf hin, dass er seine Redezeit überschritten hat und bittet ihn seine Ausführungen zu beenden.

Herr Dreibrodth weist Frau Müller darauf hin, ihm genau die gleiche Redezeit zu gewähren wie die anderen Stadträte.

Frau Müller bekräftigt, dass die anderen Stadträte 5 Minuten geredet haben, sie hat besonders darauf geachtet.

Herr Föse spricht zur Geschäftsordnung. Es ist unfair, wenn der Schiedsrichter dieses Hohen Hauses die Redezeit feststellt und der Anstand verlangt es eigentlich, das zu akzeptieren.

Herr Mau, Fraktion CDU

Ich muss wieder einmal ein Zitat loswerden für Herrn Dreibrodth, weil er sagt, hier wird alles durchgepeitscht. Es gab eine Sondersitzung im Kreistag, die wurde einberufen, da wurde weder eine Beschlussvorlage noch ein Arbeitskonzept vorgelegt. Wer sich hier eschofiert, dass er so nicht arbeiten kann, hat da stillschweigend zugestimmt. Ich wollte nur einmal auf die Zweizügigkeit hinweisen.

Herr Seibt, Fraktion FDP/Offensive D/BL

Und zwar geht es mir jetzt darum, dass Sie wissen, dass ein 25 Mio Haushaltsloch in Dessau ist, das konnte mir Sabrina Nußbeck sogar bestätigen. Ist das richtig? Müsstent Sie eigentlich wissen. (Herr Koschig verneint.)

Stimmt nicht, na gut, dann ist es halbiert worden wegen mir.

So wird davon schon geredet. Aber mir kommt es jetzt darauf an, wenn wir die Fusionierung durchführen und heute auch abstimmen darüber, schleppen mit uns 19 Mio, die dann zu Dessau gehören. Rodleben hat 1,4 Mio. Es besteht nachher ungefähr 45 Mio, ich gehe einmal von diesen 25 Mio aus, die hat damals Frau Nußbeck als niedrig gegenüber den Haushalt von Dessau gesagt und wo ich sie daraufhin angesprochen habe, sagte sie ungefähr 24,2 Mio. Das sind also 45 Mio, die nachher zu Buche stehen. Darum bin ich auf drauf gekommen, wie das die CDU damals vorhatte, dass die Stadtwerke veräußert werden sollten, Teile davon. Es lief natürlich auf Ablehnung bei den anderen Stadträten und Fraktionen.

Die Frage, die ich jetzt stelle, wenn Sie zum Beispiel Oberbürgermeister wären, was noch in den Sternen steht, wie wollen Sie denn diese 45 Mio senken?

Herr Koschig, Bürgermeister

Herr Seibt, ich kann seit dem 20. März sehr gut schlafen, obwohl die Summe, über die Sie gerade reden, mehr als doppelt so hoch ist. Aber ich kann gut schlafen. Erstens weil die Bürgerschaft uns einen klaren Auftrag gegeben hat und den setzen wir jetzt um. Und ich persönlich bin nach wie vor der Überzeugung, dass dies ein zukunftsfähiges Projekt ist, was wir hier bearbeiten. Und zum anderen, weil das nicht nur eine Schuldenzahl ist. Die hört sich gigantisch an, sondern es sind Verbindlichkeiten, die die Doppelstadt Dessau-Roßlau tragen kann. Sie hat es bis jetzt getragen und sie wird es demnächst auch tragen. Und wir werden mit dem gleichen Anstand und Würde auch die Schulden tragen, die Sie noch nicht erwähnt haben, nämlich die anteiligen vom Landkreis Anhalt-Zerbst.

Herr Dreibrodt, Fraktion SPD

Vielen Dank Frau Vorsitzende, ich fahre fort. Wir waren stehen geblieben an der Stelle Zugeständnisse der Stadt Dessau, Verquasung des Roßlauer Wappens ins Dessauer und Anhängsel Dessau-Roßlau – Namensanhängung.

Die Fraktion der SPD des Roßlauer Stadtrates verweist jedoch nochmals darauf, dass diese Zugeständnisse nur Kosmetik am Vertrag sind. Diese so genannte Doppelstadtgründung ist und bleibt auch mit diesen Extras für Roßlau eine reine Eingemeindung und ist nichts anderes.

Noch einige Bemerkungen zu der Auswirkung dieser so genannten Fusion. Für die gesamte Region, für die Region Anhalt. Als Augenzeuge der am heutigen Tag im Dessauer Ratssaal stattgefundenen Anhörung des Innenausschusses des Sachsen-Anhalter Landtages konnte folgendes festgestellt werden. Die geplante Zerstückelung vom Landkreis Anhalt-Zerbst, wobei der gesamte Altkreis Zerbst nur eigener Bestandteil des historischen Landes Anhalt ist ins Jerichoer Land macht auch die spätere Bildung eines Regionalkreises Anhalt mit dem natürlichen und zugleich historischen Zentrum Dessau zunichte. Allen betroffenen Landräten der Region Anhalt, außer natürlich dem Landrat des zu zerschlagenen Landkreises Anhalt-Zerbst ist fast jede Kreiszusammenlegung recht, Hauptsache die eigene Kreisstadt ist auch die Neue. In dem Zusammenhang war besonders interessant, wie Landrat Schulze, Landrat von Bitterfeld folgende Geschichte erzählte, wie die Landräte vor Monaten zusammensaßen und OB Otto in ihrem Kreise war, hat er persönlich gesagt, er hat darauf gewartet und wir alle anderen Landräte, dass OB Otto auf sie zugeht und die Kreisfreiheit aufgibt. Und alle wären im Boot gewesen. Wir hätten wie von selbst den Kreis Anhalt gehabt, unser Zentrum. Wir wären eigenständig geblieben. Das was wir gepredigt haben, das hätte sein können. Es scheitert am Kirchturmdenken, dem wir uns anschließen. Die Mauer um Dessau, das macht Anhalt kaputt und schädigt der Stadt Roßlau. Der Erhalt der Kreisfreiheit von Dessau, für die Roßlau seine Eigenständigkeit opfern soll, wird mit Sicherheit nur noch für einige Jahre für einen geschichtlich kurzen Zeitraum möglich sein, weil die anstehende Gebietsreform viel zu kleinteilig ist.

Weil also, und Frau Müller jetzt komme ich zum Schluss, die Redezeit ist garantiert ein zweites Mal nicht überschritten, weil also mit diesem vorliegenden Fusionsvertrag in Wirklichkeit eine Eingemeindung mit allen damit verbundenen Nachteilen für die Stadt Roßlau nach Dessau stattfinden wird und weil darüber hinaus die Auswirkung für die gesamte Region Anhalt verheerend ist, wird die Fraktion der SPD diesen Fusionsvertrag ablehnen. Im Übrigen stellt die Fraktion der SPD den Antrag, dass über den Fusionsvertrag namentlich abgestimmt wird. Ich denke, jeder Stadtrat sollte so viel Kreuz haben, dass er darüber namentlich abstimmen lässt, damit auch zukünftige GenerationenFrau Sauermilch, heute wird über den Fusionsvertrag abgestimmt, heute gibt es eine neue Abstimmung, worauf Sie resultieren ist eine alte Geschichte, passen Sie bitte ein bisschen auf.

Herr Koschig, Bürgermeister

Ich möchte mir nur die Anmerkung erlauben, dass mit der Begründung der Ablehnung der SPD-Fraktion die selbe gegen das eigene Votum verstößt, sich dem Willen der Bürgerschaft zu beugen. Ihre Begründung ist hier: Die Fusion Dessau-Roßlau hat verheerende Auswirkungen auf Anhalt!

Das hat der Stadtrat nicht zu bewerten, weil die Bürgerschaft gesagt hat, wir wollen die Fusion. Hier steht zur Debatte der Fusionsvertrag.

Frau Liensdorf verlässt die Beratung, somit ist der Stadtrat mit 27 Stimmberechtigten beschlussfähig.

Es wird nun über den Antrag von Herrn Dreibrodt abgestimmt, dass die Abstimmung über den Fusionsvertrag namentlich erfolgen soll.

Abstimmungsergebnis:

Stimmberechtigte	Enthaltung nach § 31 GO	Zustimmung	Ablehnung	Enthaltung
27	0	18	9	0

Beschluss: Die Abstimmung über den Fusionsvertrag erfolgt namentlich.

Frau Böning, Protokollantin, wird die Namen aufrufen und jeder Stadtrat gibt seine Abstimmung bekannt.

Name

Rainer Augustin	Ja
Burkhard Bader	Nein
Kurt Brumme	Ja
Hans-Peter Dreibrodt	Nein
Lutz Föse	Ja
Rainer Gerdung	Nein
Sylvia Gernoth	Nein
Klaus-Peter Henkel	Ja
Dirk Hofmeister	Ja
Axel Kaczmarek	Nein
Helmut Kläre	Ja
Günter Koroll	Ja
Andre Kulas	Ja
Hans-Joachim Mau	Ja
Christiane Mitsching	Nein
Christa Müller	Ja
Hubert Pfennigsdorf	Nein
Hannelore Sauermilch	Ja
Andreas Schwierz	Ja
Gerhard Seibt	Nein
Siglinde Sumpf	Ja
Klaus Tonndorf	Ja
Peter Vester	Ja
Jörn von der Heydt	Ja
Lutz Weiland	Ja
Dieter Wilke	Nein
Klemens Koschig	Ja

Abstimmungsergebnis:

Stimmberechtigte	Enthaltung nach § 31 GO	Zustimmung	Ablehnung	Enthaltung
27	0	18	9	0

Beschluss: Der Stadtrat beschließt den Vertrag über den Zusammenschluss der Städte Dessau und Roßlau (Elbe) - Fusionsvertrag

7.11 Auskreisung der Stadt Roßlau (Elbe) aus dem Landkreis Anhalt-Zerbst
. Vorlage: BV/0418/05-BM

Beschluss: Der Stadtrat beauftragt den Bürgermeister, die Auskreisung der Stadt Roßlau (Elbe) aus dem Landkreis Anhalt-Zerbst zu beantragen.

Abstimmungsergebnis:

Stimmberechtigte	Enthaltung nach § 31 GO	Zustimmung	Ablehnung	Enthaltung
27	0	18	9	0

7.12 Dringlichkeitsbeschluss gemäß § 62 Abs. 4 Gemeindeordnung Land Sachsen-Anhalt
.

Es wurden im Berichtszeitraum keine Dringlichkeitsbeschlüsse gefasst.

Roßlau, 19.02.08

Christa Müller
Vorsitz Stadtrat

2. Unterschrift